

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Stettin, den 20. Juni 1901.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsstelligen Rollen...

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 20. Juni 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Bei seinen Hanseaten.

Als am Sonntag das Bismard-Denkmal enthüllt wurde, blieb der Kaiser überraschend stumm. Aber am Dienstag schon zeigte er, daß sein Schweigen nur aus besonderen Gründen entspross...

Der Kaiser war auf die Unterelbe gegangen, um die Ertrags-schaften des Segelsports zu prüfen. Nach Beendigung der Regatta fand am Vord der Dampfjacht „Prinzessin Victoria Luise“ ein Festessen statt...

Herrn Rönneberg gelang es, den Segelsport in Beziehung zu den politischen Problemen zu bringen; er erinnerte an die vor Jahresfrist eingetretene Kunde von der Beschließung der Zukunft...

Für die berechneten Worte Curer Magnificenz sage ich Ihnen meinen herzlichsten Dank. Ich spreche Ihnen und allen meinen Kameraden auf dem Wasser meine Freude aus, daß es mir vergönnt ist, unter Ihnen wieder einmal als Teilnehmer an den Wettfahrten des Norddeutschen Regattaverbands zu erscheinen...

Dieses Hoch auf den Segelsport und den hanseatischen Geist erhält noch besondere Eindringlichkeit durch nachfolgende Nachricht aus Hamburg:

Vor der Preisverteilung bei der Cuxhavener Regatta überreichte der Kaiser dem Generaldirektor Vallin sein Bildnis mit folgender eigenhändiger Widmung: Dem weidlickenden unermüdblichen Wahrheitsucher für unsren deutschen Handel und unsre Ausfuhr!

Bei der Verbreitung dieser Kaiserrede scheint zuerst der ange-sündigte Ausschlag der nichtamtlichen Berichterstatter durchgeführt worden zu sein. Die Rede ist gegen 24 Stunden später in die Öffentlichkeit gelangt, als sie gehalten wurde, und doch haben die Bemerkungen der amtlichen Berichterstatter den wirklichen Wortlaut

so wenig feststellen können, daß das Telegraphenbureau die Rede mit den Worten einleitet: Der Kaiser sagte „etwa folgendes“. Aus dieser ungenauen Wiedergabe dürften sich einige Unklarheiten der Rede erklären.

Die Rede des Kaisers wiederholt Auffassungen, die er öfter geäußert hat. Die Wiederholung liefert den Beweis, daß auch der Chinazug die weltpolitischen Ansichten des Kaisers nicht zu erschüttern vermochte. Immerhin bietet die Formulierung, die der Kaiser seinen Auffassungen in dieser Rede gab, einiges Bemerkens-wertes.

In Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler lehnt der Kaiser die slavische Kulehmung an die Politik des großen Dieners seines Großvaters ab, er will „die Konsequenzen“ jener nun un-modernen Politik ziehen. Allerdings hat Bismard in diesen „Konsequenzen“ nicht die Fortführung, sondern die Abbröckelung seines Werkes gesehen und den „Weltpolitikern“ das Wort zugerufen: „Wer zu viel umfaßt, hält schlecht zusammen!“ Aber wir leben nun einmal in einer neuen Zeit. Neue „Pläne an der Sonne“ werden erworben, und der Name Bismard vergeht vor dem neuen Namen — Vallin.

Es mag den Grafen Bälou erfreuen, daß nicht nur die bürgerliche Presse von rechts bis links seiner Rednergabe huldigt, sondern daß selbst der redegabte Kaiser bei ihm die oratorische Anleihe vom „Plan an der Sonne“ macht. Belundet sich doch auch in dieser Keuschlichkeit eine nicht geringe Uebereinstimmung in den Anschauungen des unverantwortlichen und des verantwortlichen Leiters der Reichspolitik. Jedoch es ist nicht ganz deutlich, was der Kaiser meint, wenn er vom „Plan an der Sonne“ spricht, für dessen „unbestrittene Erhaltung“ er sorgen wolle. China kann der Kaiser wohl nicht meinen, denn weder haben sich dort bisher irgendwelche sonnigen Hoffnungen erfüllt noch würde zur Erhaltung dieses Sonnenplayes besondere Fürsorge gegen Bestreitungen seitens anderer Völker aufgewendet werden müssen, da ja vielmehr andre Völker uns überaus gern auf jenen Play geraten haben, wo wir die Opfer tragen für ihre Rivolitäten. Der Kaiser dachte also gewiß mehr an die allgemeine erfreuliche Entfaltung des deutschen Handels und der deutschen Industrie.

Auf diese Auffassung weist der ganze Gedankengang der kaiserlichen Rede. Dann aber ist wiederum nicht ersichtlich, wie der Kaiser meinen konnte, daß der „Plan an der Sonne“ ertämpft sei, „trotzdem wir noch keine Flotte haben, so wie sie sein sollte.“ Die Entwicklung des deutschen Handels, die wachsende Beteiligung am Weltverkehr geschah ohne jeden Einfluß der Schnellfeuerkanonen auf den Panzerschiffen. Wo die „gepanzerte Faust“ einschlug, da gerab erlitt der Handel schwere Wunden. Wo die Weltmarktpolitik in Weltmachtspolitik umschlug, da wurde Deutschland unjählich getroffen an Gut und Blut.

Es hat zwar niemand gezwweifelt, daß der Kaiser nicht leichtlich Kriege anzetteln wolle, aber es ist dennoch in den heutigen Zeitverhältnissen stets erfreulich, zu vernehmen, daß das Reichsoberhaupt „seine ganze Aufgabe“ darin sieht, daß die jetzigen Entwicklungs-keime „auch in Ruhe und Sicherheit ansprechen können“. So sehr auch der lorbeerlose Ausgang des „undankbaren“ Chinazuges Friedensstimmungen befürchten könnte, — selbst unter solchen Voraussetzungen ist die Thatsache der Friedensstimmung dem Volke willkommen. Jedoch wird das Volk eine Gewähr dieser friedfertigen Stimmungen schwerlich daraus entnehmen, daß in China „die Leistungen der einzelnen Kontingente eine auf gegenseitige Hochachtung und Kameradschaftlichkeit basierende Beurteilung hervorgerufen haben“. Eher hat da eine Armee von der andern noch etwas „gelernt“ in der Ausrüstung der Truppen, in der „Güte“ der Waffen, und der Anreiz ist gegeben zu neuen „Verbesserungen“, zu neuem Wettrüsten, in dem die unaufhörliche Kriegsbedrohung wurzelt, das einen echten Frieden ausschließt.

So wenig nun aber diese Rede des Kaisers, sei es bezüglich des Segelsports, sei es bezüglich des Sonnenplayes, sei es bezüglich des gesicherten Friedens Kennzeichen gebracht hat, — so ist sie dennoch nicht gänzlich ohne aktuell politisches Interesse. Nicht durch das, was sie sagt, sondern daß sie dieses sagt zu einer Zeit, wo ein ganz andres Wort von den Getreuesten der Monarchisten ersehnt wird. Nach der „gräßlichen Flotte“, nach dem gräßlichen Kanal — eine Kaiserrede, die da gilt dem weiten Ausgreifen über die Ozeane, der Förderung des Handels. Den Segelsport lassen sich auch die Agrarier gefallen, aber daß der jüdische Kaufmann zum Führer und Helben der Nation erkoren wird...

Den Feinden einer vernünftigen Handelspolitik, den agrarischen Zollwuchern waren die Herpänge bei der Enthüllung des Bismard-Denkmales bereits höchst verdrücklich. Jetzt feiert der Monarch den hanseatischen Geist.

Früher weckte der Kaiser mit Vorliebe bei seinen Märkern, um vom Schutze der Landwirtschaft und der Bekämpfung des Um-surzes zu sprechen; aber schon mehrere Jahre kam er nicht in ihre Mitte. Jetzt weilt er bei seinen Hanseaten und Herr Vallin hat Audienz bei ihm, so intim und so ausgebeut, wie es lange keinem Junker geglädt ist.

Schon jubelt wieder die liberale Presse und die Konservativen und agrarischen Zeitungen verstimmen. Uns aber scheint es voreilig, wenn die „National-Zeitung“ aus der Kaiserrede die Hoffnung gewinnt, daß die Gefahr eines Sieges der agrarischen Wperrungspolitik nicht mehr so groß ist, wie sie es vor einigen Monaten war.

Und dann: die arbeitenden Klassen in Deutschland begeistern sich ebenso wenig für hanseatischen Weltmacht-sport wie für junkerlichen Protowucher! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Juni.

Eine neue Militärvorlage?

Eine Korrespondenz behauptet, die Regierung habe die Absicht, die Abkehr der Truppen aus China zu be-mühen, um auch bei den Regimentern, welche jetzt nur zwei Bataillone haben, dritte Bataillone ein-zuführen. Das würde eine Steigerung der Präsenz um 25 000 Mann bedeuten. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Sache vor Zusammentritt des Reichstags durchgeführt und dann dem letzteren als vollendete Thatsache zur Genehmigung vorgelegt werde. Der Kaiser habe sich dahin ausgesprochen, ein Regiment ohne drittes Bataillon sei unvollständig. Wir geben die Nachricht ohne jede Gewähr.

Es scheint, als ob die Konservativen eine Art Militärkonflikt veranlassen möchten, um sich zu Gunsten des Protowuchers als allein militärkompetente Partei darzubieten, wenn die Mehrheit des Reichstags es ablehnen sollte, eine ohne ihre Bewilligung verfassungswidrig durchgeführte Heeresvermehrung gutzuheißen.

Wir möchten es immer noch für ausgeschlossen halten, daß die Regierung des Grafen Bälou abermals in verfassungswidriger Weise eine Aktion durchzuführen beabsichtigt, wie sie es im China-krieg gewagt hat. Freilich die jämmerliche Haltung des Reichstags in der Chinafrage war sehr geeignet, die Regierung zu ermutigen, auch künftig zu thun, was sie will oder muß, ohne den Reichstag erst zu befragen, der in die Rolle einer willenlosen Bewilligungsmaschine verwiesen wird.

Grade deshalb aber dürften auch die Spekulationen der Agrarier sich als mäßig erweisen. Das Centrum läßt es zu keinem Militärkonflikt kommen — eher bewilligt es das Doppelte, was verlangt wird. —

Bauernfang.

Aus erklärlichen taktischen Gründen hat die Centrums-presse sowohl den Einsall der Apostel des Bundes der Land-wirte in die rheinische Centrums-Domäne, als die vor Pfingsten auf dem Kreis-Verbandsstages des katholischen „Rheinischen Bauernvereins“ gegen die Centrumsdiplomatie gefallenen scharfen Keuschungen halb spöttisch behandelt. Sie that, als sei die in der rheinischen Bauernschaft hervortretende Reigung, sich unter die Wangenheim-Röfke-Gahnsche Direktive zu stellen, ohne alle ernsthafte Bedeutung, als sei ihre Anhängerzahl zu gut gedrillt, um sich verlocken zu lassen; und zugeben muß werden, so leicht wie in der Rheinpfalz, wo bei der letzten Reichstagswahl die Bündler die dort alteingewessene, besonders spießbürgerliche Species des Nationalliberalismus ohne große Mühe in den Sand streckten, dürfte den ostelbischen Missionaren des Sieben-marksfürstlich-Jolls ihre Aufgabe der Bauernfängererei im katho-lischen Rheinland kaum werden; dazu hält denn doch die kon-servierte Gendarmerie zu scharfe Disciplin. Aber immum gegen die schönen Verheißungen der Prediger des Joll-evangeliums sind die Bauern keineswegs, das zeigt die trotz aller Bekämpfung seitens der Merkanten sich weiter ausdehnende bauernbündlerische Bewegung in Bayern, und das lehrt auch wieder die Haltung des „Rheinischen Bauern-vereins“, der, wie die „Deutsche Tageszeitung“ zu melden weiß, allen seinen Ortsverbänden eine Petition zur Unter-schrift vorgelegt hat, die in den Hauptätzen lautet:

Da die Landwirtschaft, wie die sich von Jahr zu Jahr steigende Grundverschuldung sowie die angestelltem Rentabilitäts-berechnungen erweisen, sich in großer Notlage befindet, so richten wir an den deutschen Reichstag die dringende Bitte, bei der Festsetzung des Zolltarifs und der Neueregung der Handelsverträge allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen einen solchen Schutz an-gedeihen zu lassen, daß die verschiedenen Zweige der Land-wirtschaft wieder einen angemessenen Gewinn abwerfen. Ins-besondere sind die landwirtschaftlichen Produkte durch einen Doppeltarif zu schützen, dessen Minimalatz auch beim Abschluß von Handelsverträgen nicht überschritten werden darf und der unter normalen Verhältnissen eine mäßige landwirtschaftliche Rente sicherstellt. Eine solche Rente dürfte beim Getreidebau gegeben sein, wenn im Durchschnitt der Doppelcentner Weizen auf 20 M., der Doppelcentner Roggen auf 16 M. und der Doppelcentner Hafer und Gerste auf 15 M. sich stellen würde. Es sind das die Durchschnittspreise der Jahre 1850-90, und wenn man bedenkt, daß seitdem auf Seiten der Konsumenten die Einnahmen (Löhne, Gehälter usw.) nicht un-erheblich gestiegen, auf Seiten der Produzenten die Ausgaben (Löhne, Abgaben usw.) sehr erheblich gewachsen sind, so muß jene Forderung als eine durchaus billige und gerechte angesehen werden. In ähnlicher Weise wie der Getreidebau ist die Vieh-zucht, die Viehwirtschaft und die Milch-wirtschaft zu schützen, in deren Interesse auch von einem Zoll für die sogen. Kraftfuttermittel (Amei und Rückstände der Oelfabrikation) Ab-stand zu nehmen ist. — Zur Befreiung der Lage der Kleinbauern in der Nähe der Städte ist der deutsche Gemüse- und Obst-bau insofern zu schützen, daß das einheimische Produkt mit dem ausländischen auf dem deutschen Markte konkurrieren kann. Auch der deutsche Weinbau, insbesondere der Rotweinbau, dem der italienische Handelsvertrag schwere Wunden geschlagen hat, bedarf eines kräftigen Schutzes. Wegen ungenügenden Schutzes ist der deutsche Tabakbau von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Es werden dadurch besonders die Interessen der kleinen Landwirte ge-schädigt. Bei dem sich immer mehr entwickelnden Verkehr und den freis fallenden Preisen der Exportländer muß auch der deutsche Wald-wirtschaft ein Zollschutz gewährt werden, der sie in den Stand setzt, in der Heimat mit dem Ausland dauernd zu konkurrieren. Ganz besonders bedürfen die Lohjäh-

waltungen eines wirksamen Schutzes. Auch bedürfen die landwirtschaftlichen Betriebe, Gelflägel- und Wienenzucht, eines besseren Schutzes. Wenn endlich diejenigen Maßnahmen, welche die ausländische Einfuhr begünstigen, z. B. die Transitlager, Mühlenkonten, Tarifbestimmungen, aufgehoben bezw. hintangehalten werden und so die erhöhten Zollsätze voll zur Geltung kommen, so darf unser Vaterland sich der Hoffnung hingeben, daß es den deutschen Bauern gelingen wird, die deutsche Landwirtschaft zu erhalten und zu kräftigen.

Das sind genau dieselben Forderungen, die erst kürzlich Herr Zahn in Köln gestellt hat: der Doppeltarif, die Erleichterung der Einfuhr von Vieh, Geflügel, Eiern u., sowie der „streng wissenschaftlich berechnete“ Siebenmarktzoll. Direkt spricht sich die Petition zwar nicht für letzteren Zoll aus; thatsächlich aber kommt, da der Doppelcentner Weizen in Preußen im Durchschnitt der Jahre 1892/1900 sich auf 155 M. pro Tonne, der Roggen auf 131 M. pro Tonne gestellt hat, die Forderung der Garantierung eines Preises von 20 M. pro Doppelcentner Weizen und 16 M. pro Doppelcentner Roggen auf einen Weizenzoll von 8 M. und einen Roggenzoll von 6,50 M. hinaus, also im Mittel etwa 7,50 M. Und um auch den rheinischen Weinbauer, Tabak- und Obstbauer für die ostelbischen Bestrebungen einzufangen, werden, genau nach dem Wangenheim-Hahn'schen Rezept, diesen ebenfalls durch Erhöhung der Wein-, Tabak- und Obstzölle allerlei Extra-Prozente in Aussicht gestellt.

Daß eine solche Zollpolitik, wie sie in dem obigen Schriftstück verlangt wird, nicht nur den Abschluß von Handelsverträgen mit Rußland und Oesterreich völlig unmöglich macht, sondern auch mit Italien, das nach Deutschland vornehmlich Wein und Früchte exportiert, liegt auf der Hand. Doch nicht darum handelt es sich hier, sondern um die keine Intrigue, keine List verschmähende Art, durch welche der Bund der Landwirte seine Zwecke zu erreichen sucht. Die Petition ist nichts als eine Pression auf das Centrum, hinter der deutlich genug die Mache der Bundesleiter herauschaut; spielt doch derselbe Herr S. Bauer, den wir erst dieser Tage als Substitut-Empfänger aus dem bündlerischen Reptilienfonds charakterisierten, in dem „Rhein-Bauernverein“ eine Hauptrolle. Es soll die katholische Bauernschaft des Rheinlands, mag auch vielfach ihr bäuerlich-wirtschaftliches Interesse dem des ostelbischen Punkertums entgegengekehrt sein, zur Opposition gegen das Centrum aufgereizt werden, damit dieses sich zu weiterer Nachgiebigkeit gegen die agrarischen Forderungen verstimmt, als es sonst aus Rücksicht auf seine Anhänger unter den Gewerbetreibenden und Industrie-Arbeitern thun würde. Und leider hat diese Spekulation bei der heutigen Zusammensetzung des Centrums manche Aussicht auf Erfolg. Das Ende vom Liede wird wieder sein, wie schon so oft zuvor: Junker und Großbauer erhalten die Vermehrung ihrer materiellen Güter, der Arbeiter aber wird mit schönen Verbrüderungen auf das Jenseits abgefunden — bis auch er einsehen lernt, was es eigentlich mit dem sogenannten vom Centrum betriebenen „Ausgleich der Interessen“ auf sich hat.

### Deutsches Reich.

**Der groß gedruckte „Diener“.** Die „Täg. Rundsch.“ bringt noch einen kleinen Beitrag zur Feier der Enthüllung des Bismarck-Denkmal:

Die Worte des Kaisers (in Hamburg) werden überall im deutschen Lande ein fruchtbares Echo wecken und zu mannigfachen Erörterungen Anlaß geben. Es wird darüber begrüßt werden, daß der Kaiser in seiner Rede des Fürsten Bismarck, dessen Denkmalsentstehung er eben begehrt hatte, gedacht hat und ihn dabei als großen Mann, nicht bloß als großen Diener gefeiert hat, dem der besonders große Verdienst, mit dem gerade das Wort Diener auf dem Kranze des Kaisers am Deutlichsten hervorgehoben ist, hat Fragen aufgeworfen, die in die Festfreude einen trüben Ton brachten.

**Das doppelte Centrumsgesicht.** In dem von uns bereits mitgeteilten Beschlusse des Gemeinderats der Stadt Straßburg i. E. gegen die Zollrückzahlung wird uns von dort noch geschrieben: Die Zweideutigkeit der Haltung der Merkmalen trat bei diesem Anlaß wieder recht deutlich in die Erscheinung. Seit Monaten bekämpft die schwarze Presse des Reichstages die Gegner der Zollrückzahlung aufs heftigste, insbesondere haben sich dabei die beiden hauptstädtischen Blätter „Eisener“ und der „Vollbote“ der Reichstags-Abgeordneten Delfor und Haub hervor. Das geschah natürlich mit Rücksicht auf die ländlichen Arbeiter, denen man von der Zollrückzahlung goldene Berge verspricht. In der Stadt dagegen, wo es die industrielle Arbeiterschaft im Merkmalen Anhang zu halten gilt, gedenkt man sich aus tatsächlichen Gründen zollgegnerisch. Wie der offizielle Bericht feststellt, gelangte der erwähnte Protestant im Straßburger Gemeinderat einstimmig zur Annahme; es haben also auch die sämtlichen Merkmalen Mitglieder, die Parteifreunde der Herren Delfor und Haub, sich demselben angegeschlossen und damit gegen die Zollrückzahlung votiert. Die Verlegenheit, in die dadurch die schwarze Presse geriet, ist freilich keine geringe. In richtiger Würdigung der Parteipolitik: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht!“ unterschlägt sie ihren Lesern auf dem Lande die zollgegnerische Haltung der Merkmalen Straßburger Stadtratmitglieder und sucht die Aufmerksamkeit ihrer Anhänger durch einige läppische Angriffe auf den Bürgermeister Wad von der Sache abzulenken. Das sind die Schmerzen einer „Voll“-Partei, die es den Großen und den Kleinen recht machen will und sich dabei zwischen zwei Stühle setzt!

**Die Annahme des Gewerbegerichts-Entwurfs** kündigt Schweinburg an, der im Auftrag des Centralverbands bisher gegen diese Novelle gewütet hat. Die Reichsregierung habe die einzelstaatlichen Regierungen ersucht, sich über den Gewerbegerichts-Gesetzesentwurf zu äußern, ehe er zur Verhandlung im Plenum des Bundesrats gelangt. Es scheint, daß die Mehrzahl der Bundesregierungen, obgleich sie erhebliche Bedenken gegen die weitgehenden Veränderungen haben, welche der Entwurf im Reichstage erfahren hat, doch aus „politischen“ Gründen geneigt ist, dem Gesetzesentwurf in seiner jetzigen Fassung die Zustimmung zu erteilen.

Das soll heißen — aus Rücksicht auf den Reichstag, namentlich auf das Centrum will der Bundesrat in den sauren Apfel beißen!

**Der 19. Bundestag der freireligiösen Gemeinden Deutschlands** tagte vom 13. bis 16. Juni in Radesheim a. Rh. Und wird darüber berichtet: In Stettin war es vor 2 Jahren gelungen, seitens der linksstehenden wirklich freien Gemeinden es durchzusetzen, daß in die Grundsätze wenigstens das Wort „Dogmen frei“ und einige andre kleine Verbesserungen aufgenommen wurden. Das verdroß die rechtsstehenden „gläubigen“ Gemeinden und es wurde jetzt versucht, die diesen Gemeinden unannehmen Zusätze wieder herauszubringen, ein Versuch, der zu heftigen Auseinandersetzungen führte, in welchen Debatten besonders die Herren Voghter-Stettin, Frederici und Hoffmann-Berlin gegen die Rückwärtler sprachen. Ersterer erklärte unumwunden, daß es unter solchen Umständen zur „reinen Scheidung“ führen müsse. Hoffmann sagte, wenn man die Entwicklung des Bundes betrachte und den so minimalen Fortschritt in Stettin und die heutigen Ver-

suche sieht, so steht der Bund im Punkte Fortschritt noch hinter der Springprojektion zurück, die mache wenigstens drei Schritte vorwärts und nur einen zurück, hier sollte aber einer vorwärts und zwei zurück gemacht werden. Das Resultat war der endgültige Sieg der Vorwärtstrebenden. Unter andern wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 14. Juni 1901 in Radesheim am Rhein tagende Bundesversammlung der freireligiösen Gemeinden Deutschlands protestiert einstimmig gegen die Gewissensbedrückung, der in verschiedenen Staaten des Deutschen Reichs (u. a. in Preußen) bischöflichen Ämtern durch Zwangseinschulung ihrer Kinder in den Religionsunterricht einer fremden Religionsgemeinschaft unterworfen werden. Die Bundesversammlung verlangt, daß die durch die Gesetze und die Verfassung gewährleistete Gewissensfreiheit wie allen andern vollberechtigten Staatsbürgern auch den Dissidenten gewährleistet werde.

**Die Subventionen des Bundes.** Die „Kreuz-Zeitung“ nennt es „einen Ehrenmann“, auf das schimpflichste verleumden, wenn man ihm nachsagt, daß er vom Bunde der Landwirte Dänen erhält. So niedrig hätten wir — den Bund denn doch nicht eingeschätzt. Indessen sei es für alle Fälle festgestellt, daß die „Kreuz-Zeitung“ solches Verhältnis für „höchst schimpflich“ erachtet — hoffentlich hält sie dies Urteil aber nicht nur so lange aufrecht, als sie mit der trostbedürftigen „Deutschen Tageszeitung“ die Sache für „unbeweisbar“ hält. Wie sie dieses Urteil auch, aufrecht erhalten, wenn sie sich übergeben haben wird, daß die Hoffnung der „Deutschen Tageszeitung“ falsch ist und auch solche Dinge beweisbar sind?

Das Organ des Bundes der Landwirte hat bisher unsere Behauptung keineswegs für falsch erklärt; es hat sich nur damit beruhigt, daß sie „unbeweisbar“ sei. Wenn man aber jetzt zu dem beliebten Kunststück flüchtet und „Namen“ begehrt, so haben wir einzuwenden, daß die geringste Reizung, nachdem wir bei der „Deutschen Tageszeitung“ so able Erfahrungen gemacht haben, hinsichtlich des einen Namens, den wir angegeben haben, im Fall des bündlerischen Centrumsagenten Bauer! Die „Deutsche Tageszeitung“ ist bis zur Stunde stumm wie das Grab — die Namensnennung hat also gar nichts für die Aufklärung der Angelegenheit genügt. Mag erst einmal die „Deutsche Tageszeitung“ klipp und klar für den Bund erklären, daß unsere Mitteilung, der Bund habe einzelnen, nicht offiziell im Bunde angestellten, Abgeordneten Dänen gezahlt, falsch sei.

Wir fürchten, daß die Debatte mit der „Deutschen Tageszeitung“ ebenso zweifels sein wird, wie im Falle Bauer und darum dürfte es sich empfehlen, an anderer Stelle die Bundeshäupter direkt zu befragen, an einer Stelle, wo es nicht möglich ist, sich hinter der Hoffnung des „Unbeweisbaren“ zu verschützen.

**Im Möllerschen Wahlkreise** Duisburg-Rühlheim wird, wie uns berichtet wird, der Sekretär des rheinisch-westfälischen Bauernvereins, Dr. Bauer, die Kandidatur annehmen. Eine so ausgeprochen antioziale Kandidatur dürfte die Aussichten des Centrums im Wahlkreise erhöhen.

**Die hunnensässige Briefstellerei,** von der man in den ersten Monaten des hiesigen Jahres nicht ein einziges Beispiel aufzuzählen konnte, ist sehr häufig ins Kraut geschossen, nachdem die Sonnenbriefe und Humantaten in Deutschland bekannt geworden sind.

Man hat offenbar den „gutgesinnten“ Soldaten geraten, die Schilderungen ihrer Kameraden zu widerrufen. Das geht recht deutlich aus einem Brief aus Tübingen vom 18. April hervor, den der „Hofer Anzeiger“ (Nr. 128) veröffentlicht und in dem es heißt:

„Was ich Euch noch mitteilen möchte, ist: ja diesen Zeitungs-schreibern nicht zu glauben, denn was über die Herren Offiziere geschrieben wird, ist in den meisten Fällen unwohr, und wenn ja einmal ein Herr zu derartigen Behauptungen, wie es die Zeitung schreibt, kommt, so sind die Leute selbst daran schuld. Ich für meine Person kann über unsere Compagnieoffiziere nicht das geringste sagen, im Gegenteil, ich muß sie nur loben... Es wird manchen Kameraden noch bitter reuen, solche Briefe hinausgeschreiben, denn es kommt doch alles aus Lagesicht. Ihr macht Euch überhaupt keinen Begriff, was schon für kolossale Strafen verhängt worden sind wegen Meuterei, Mord und Stillschleppens, und da ist es denn kein Wunder, wenn es etwas strenge von oben herabgeht.“

Der Mann, der dies geschrieben, beherrscht das Handwerk eines offiziellen Schönfärbers noch nicht recht. Er läßt zu tief in die Narren sehen.

**Der geistgestörte Hauptmann.** In dem von uns erwähnten Graudenzer Fall, an den die Krogist-Affaire erinnerte, wird uns aus Leferkreisen geschrieben:

Es war der Hauptmann Besser, Chef einer Compagnie des 8. Ostpreussischen Infanterie-Regiments Nr. 45, damals in Graudenz, der Unteroffiziere und Mannschaften jahrelang la Krogist bis zur Empörung gequält hatte. Vom Feldwebel bis zum letzten Neuleuten legte die gesamte Compagnie eines Morgens dem Kommando „Stillschanden“ und „Gewehr auf“ Ungehörigem entgegen und verbarnte in passivem Widerstand. Es erfolgte Verhaftung und Abstraffung der ganzen Compagnie zu grausam langen Strafen. Und als Schreiber dieser Zeilen 1871/72 bei der 2. Compagnie desselben Regiments seiner Militärpflicht genügt, befanden sich noch viele der Unglücklichen hinter Kerkermauern; von Begnadigung war keine Rede, obgleich bald nach der Meuterei Hauptmann Besser infolge Wahnsinnsausbruchs entlassen und wenige Jahre darauf in tiefer Geistesdummung verstorben war!

**Frau Singer.** In schönen Erzählungen über die Socialdemokratie ist niemand fruchtbarer als die niedere katholische Presse. Der „Arbeiter“, ein Organ zur Verblödung katholischer Arbeiter, berichtet ganz ernsthaft von den „sechs reichen Soci.-Juden“ — Singer, Herzfeld, Schoenlank, Grobnauer, Stadthagen, Haase — und fügt dann folgende Geschichte hinzu:

„Und diese reichen Juden, wie Singer, dessen Frau auf der letzten Welt-Ausstellung in Paris einen Goldschmuck ausgestellt hat, dessen Wert in die Millionen geht, schämten sich nicht, mit dem Gelde der Arbeiter sich dafür bezahlen zu lassen, daß sie der Partei angehören und vielleicht manchmal eine Rede thun.“

Unmittelbar nachdem diese Geschichte ruchbar geworden, hat die socialdemokratische Partei Deutschlands beschlossen, die Frau Singer nebst ihrem Goldschmuck zu beschlagnahmen und sie geistlich zu Gunsten der Partei zu expropriieren. So ist denn Genosse Singer schmach wieder um seine Frau gekommen, die ihm das katholische Klättlein großmütig verliehen hat.

**Der Führer der Staatsanwaltschaft,** Johannes Krübede, Obersekretär der Staatsanwaltschaft, wurde wegen Unterschlagung amtlicher und anderer Gelder und Bettsachen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. In 29 Fällen hatte er Gelder des Justizministeriums unterschlagen, in 22 Fällen dergleichen als Gefängnis-Inspektor Gelder armer Gefangener; auch die goldene Uhr eines Gefangenen hatte er sich angeeignet. Krübede bezog mit einigen Nebenbeglügen 3500 M. Jahresgehalt.

**Altenburg, 18. Juni.** (Fig. Ver.) Der Abg. Reichardt in Wölzig ist an Blutvergiftung plötzlich gestorben. Er wurde an Stelle des Genossen Schäler, der den Kreis — einen ländlichen — seit sechs Jahren vertrat, vor wenigen Wochen gewählt. Die demnächstige Reichswahl bietet für unsere Partei wenig Chancen; unsere Beteiligung an der Wahl und die Thatsache, daß die Socialdemokratie den Kreis bei zwei Wahlen behauptete, hat den Bund der Landwirte zu außerordentlicher Thätigkeit angepornt. Ein großer Teil der Arbeiter befindet sich noch in zu großer Abhängigkeit der Agrarier, ein andrer Teil scheut leider den Verlust einiger Arbeitsstunden und bleibt aus diesem Grunde der Wahl fern.

Die Nachricht bürgerlicher Blätter, die auch in den „Vorwärts“ übergegangen ist, daß ein Kontraktbruch-Gesetz gegen die

Landarbeiter dem Altenburger Landtag zugegangen sei, scheint auf Irrtum zu beruhen; wenigstens ist der Landtag zur Zeit garnicht verammelt. Ob ein solches Gesetz beabsichtigt wird, ist eine andre Frage.

**Der Kampf ums Johannistfeuer.** Aus Baden wird uns geschrieben: Der „Alte im Buchenwalde“ erregt noch im Grabe Unruhe unter der patriotischen Jugend des Reichs. In der Universität und Erzbißhofsstadt Freiburg hatten seine Verehrer in akademischen Kreisen ihm auf dem Schloßberg auch eine jener Feuerfäulen errichtet, wie sie bereits da und dort im Reich die Höhen verzieren. Bei der Bestimmung des Termins, an dem alljährlich das Abbrennen des Bismarckfeuers stattfinden soll, kam es nun unter der Freiburger Studentenschaft zu einem anständigen Konflikt. Eine allgemeine Studentenversammlung hatte hierfür den 21. Juni festgelegt. Gegen die Wahl dieses Tages legten jedoch die katholischen Korporationen beim Senat der Universität Verwahrung ein, da er als der Tag der Sommerferienwende „Erinnerungen an heidnische Gebräuche“ wachrufe. Der Senat erwiderte darauf, daß diese Gründe mit dem besten Willen nicht zu verstehen vermöge, empfahl aber der Studentenschaft, um des lieben Friedens willen, einen andern Tag für die Feier zu wählen. Der Ausschuh der Studentenschaft hielt jedoch an seinem, vom Senat ja auch grundbäuglich nicht angefochtenen Beschlusse fest und machte diesem hiervon Mitteilung. Seitens des Senats erfolgte hierauf die Anfrage, weshalb am 21. Juni festgehalten werde. Die Antwort lautete dahin, andre Universitäten hätten, ohne Widerspruch zu finden, den gleichen Tag gewählt oder vorgeschlagen. Daraufhin erteilte dann der Senat die Genehmigung zur Feier am 21. Juni. — Die Angehörigen der Freiburger katholischen Studentenverbindungen befinden sich nun in einer wenig beneidenswerten Lage: entweder müssen sie dem Tanz um den brennenden Bismarckherd ganz fernbleiben, oder aber sie laufen Gefahr, in ihren christlich-frommen Männerbüsten freventlichweise „Erinnerungen an heidnische Gebräuche“ wachzurufen.

### Ausland.

#### Ein zarischer Milderungsakt.

Der Petersburger „Regierungsbote“ macht bekannt, daß der Kaiser folgendes anbefohlen hat:

1. Von den Studenten, welche von den Universitäten wegen ihrer Teilnahme an den Unruhen relegiert wurden und zur Strafe Militärdienste leisten, werden diejenigen, welche vermöge ihres Familienranges sich im Besitze von Privilegien erster Klasse befinden oder welche körperliche Gebrechen haben, die sie untauglich zum Militärdienst machen, von jetzt ab vom Militärdienst befreit.
2. Alle andern Studenten, welche jetzt zur Strafe Militärdienste leisten, werden in ihre Rechte bezüglich des Militärdienstes wieder eingesetzt, gleichviel welche Zeit für ihren Dienst im Heere angelegt ist.
3. Unter Aufhebung des geltenden Gesetzes wird allen Studenten, welche jetzt zur Strafe Militärdienste leisten, die Dienstzeit von dem ersten Tage des auf ihren Eintritt in das Heer folgenden Monats an gerechnet.

Damit hat die russische Regierung wenigstens eine der schmachlichsten Grausamkeiten gegen die Universitätsjugend gemildert. Man soll jedoch den Sinn des Gesetzes nicht überschätzen, denn gegen die strafweise Einreihung der Studenten unter die Soldaten hatten die militärischen Kommandostellen selbst protestiert, weil jene Maßnahme zugleich eine Herabsetzung der Militärpflicht des gewöhnlichen Soldaten bedeute.

#### Amerikanisch-russischer Handelsfreit.

Aus Washington wird gemeldet: Der russische Vatschaster Cassini hat dem Staatssekretär Hay mitgeteilt, daß infolge der Zollmaßnahmen gegen russisches Petroleum der russische Finanzminister Witte die von ihm in seinem Erlaß vom 7. Juni namhaft gemachten Tarifserhöhungen auf harzartige Substanzen und auf Fahrräder aus Amerika in Anwendung gebracht habe.

Schatzsekretär Gage erhob darauf Widerspruch gegen die in dieser Note liegende Behauptung, daß Vorgehen Amerikas enthalte eine Differenzierung gegen Rußland. Gage fügt hinzu, man möge ihn gestatten, die Frage der Erwägung zu unterbreiten, ob die von der kaiserlich russischen Regierung ergriffenen Maßregeln nicht unvereinbar seien mit den Rechten der Vereinigten Staaten aus dem bestehenden Handels- und Schiffsahrtsverträge.

Auch mit Italien verwickeln sich die Vereinigten Staaten in Zollwistigkeiten. Es wird hierüber berichtet:

Schatzsekretär Gage ordnete die Erhebung eines Ausgleichszolls auf italienischen Rubenzucker an, da die italienischen Steuererhöhten offenbar eine indirekte Prämie gewährten.

### Frankreich.

**Paris, 19. Juni.** Die marokkanische Gesandtschaft ist gestern hier eingetroffen. Heute nachmittag findet der Empfang beim Minister des Aeuheren Delcassé statt.

### Belgien.

**Brüssel, 19. Juni.** Die Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, sich vom 1. August bis 1. Oktober zu vertagen. Die Kongresslage soll möglichst schnell beraten werden.

### Italien.

**Rom, 16. Juni.** (Fig. Ver.) In der jüngsten Debatte über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten bekämpfte die reaktionäre Opposition scharf den Minister Prinetti, der das Verbrechen begangen hatte, die Rechte zu verlassen, um in ein Ministerium der Linken einzutreten. Das wahre Ziel der Fehde war, die Regierung zu sprengen und eine Krise herbeizuführen. Die Socialisten forderten vorgestern mit den andern Gruppen der äußersten Linken ein ablehnendes Votum gegenüber dem Dreibund; bei der Abstimmung stimmten sie allein gegen die Regierung. Dagegen beschloffen sie gestern in geheimer Abstimmung, bei dem Budget der auswärtigen Angelegenheiten für die Regierung zu stimmen; hierbei leitete sie die Erwägung, daß der Sturz des Ministeriums bezüglich der auswärtigen Politik keine Besserung, aber bezüglich der inneren Politik eine Verschlechterung bringen würde. Das Kabinett wurde mit einer Mehrheit von 29 Stimmen getretet; die Zahl der socialistischen Stimmen betrug 15. Die Folge dieser Vorgänge sind immer wildere Angriffe der Reaktionen gegen die Socialisten.

### Dänemark.

**Eine Episode aus dem Klassenkampf.** Ein Aufsehen erregender Prozeß zwischen dem Vertreter der Arbeiterschaft Odense und den Epigen der dortigen bürgerlichen Gesellschaft gelangte dieser Tage vor dem höchsten Gericht in Kopenhagen zum Abschluß. Die Socialdemokraten von Odense hatten von dem Grundbesitzer Jespersen einen Wald, den sogenannten „Räsbjovved-Wald“, gekauft, um daraus einen Volkspark zur Abhaltung von Festen und großen Versammlungen zu machen. Die Kaufsumme wurde auf 58 000 Kronen festgelegt. Als der Abschluß des Geschäfts in der Stadt bekannt wurde, entstand eine

große Bewegung in der konservativen Gesellschaft, die um keinen Preis wollte, daß der schöne Wald in den Besitz der Arbeiter übergehen sollte, und bald wurden der von unsern Genossen gegründeten „Allianzgesellschaft Rüdbyhoved Skov“ alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt. Jederseits weigerte sich schließlich, den Kaufvertrag zu unterschreiben, die sofort zu zahlende Summe von 20 000 Kr. anzunehmen und verkaufte dann den Wald nochmals und zwar an einen Restaurateur, der aber nur die vorgeschobene Person der konservativen Staatsreiter war. Nachdem die Sache durch mehrere Instanzen gegangen war, erklärte das höchste Gericht nun den letzteren Verkauf zwar für ungültig, legte aber dem Beklagten nicht die Verpflichtung auf, das Kaufobjekt an den ersten Käufer zurückzuliefern, doch verurteilte es Jederseits, an die Allianzgesellschaft 12 000 Kronen als Ersatz für die durch die Annullierung des Verkaufs erwichenen Verluste und dazu die Prozeßkosten in der Höhe von 500 Kronen zu zahlen. —

## China.

### Die Politik der offenen Thür.

Im englischen Unterhause fragte Joseph Dalton an, ob durch das deutsch-englische Abkommen Deutschland von der englischen Regierung die Zustimmung erhalte, daß es im Pangtsegebiet auf dieselben Rechte und Privilegien Anspruch haben solle wie England, soweit nicht Eisenbahn-Unternehmungen in Betracht kämen. Cranborne erwidert, in dem englisch-deutschen Abkommen sei festgelegt, daß die an den Häfen und an der Küste Chinas gelegenen Häfen dem Handel und jeder sonstigen erlaubten wirtschaftlichen Tätigkeit frei und offen bleiben, wo immer die beiden Regierungen einen Einfluß ausüben können.

### Abweisung der chinesischen Truppen.

Das „Bureau Reuter“ meldet aus Peking: In einer Zusammenkunft der fremden Gesandten wurde das chinesische Ersuchen beraten, daß 3000 chinesische Soldaten erlaubt werden solle, in Peking einzurücken. Es wurde beschlossen, daß es nicht rätlich sei, hierauf einzugehen, bis — gegen Ende August — alle fremden Truppen mit Ausnahme der Schutzwachen für die Gesandtschaften Peking verlassen hätten. Desgleichen haben die Gesandten beschlossen, daß die fremden Truppen die verbotene Stadt so lange betreten sollen, bis die chinesischen Truppen in Peking einziehen.

### Waldersee Müllerei.

Die ausländische Presse weiß sich wunderbar in den reichs-deutschen Gemütszustand hineinzuversetzen. Am 9. August soll Waldersee in Hamburger Rathhaus vom Kaiser empfangen werden. Französische und englische Missionen lassen den Kaiser selbst an die Spitze des Geschwaders treten, das der heimkehrenden Brandenburg-Division entgegenfährt. Ein Londoner Blatt teilt mit, das Geschwader werde vor Cherbourg halten, und dort werde sich ihm das französische Nordgeschwader anschließen. Präsidentenbesuch werde nach Cherbourg kommen und dort mit dem deutschen Kaiser im Hafen zusammentreffen. Die Zusammenkunft werde etwa Ende August stattfinden.

### Die „abgebrannten“ Kaskaden.

Am Sonnabend hat die „Andalusia“ Chinakämpfer in Wilhelmshaven ausgeschifft. Aus diesem Anlaß wird der „Saale-Zeitung“ aus Bremen geschrieben:

„Frühmorgens mit dem Zuge 9.54 reiste Minister v. Tirpitz, begleitet von einer großen Anzahl Marine-Offiziere, anscheinend sehr befriedigt von Wilhelmshaven ab. Mittags zwischen 12 und 1 Uhr war ich auf der Post und fand den großen Raum vor den Schaltern gefüllt mit Chinakämpfern, die sämtlich Depeschen und, wie ich leicht bemerken konnte fast alle des Inhalts: „Schickt sofort telegraphisch 10 Mark“ in ihre Heimat aufgaben. Ich fragte einen dieser biederen Chinakämpfer, wofür sie denn alle Geld so nötig, und ob sie nicht bei der Ankunft hier Löhnung erhalten hätten. Er erwiderte: „Nein, wir haben unsere Löhnung noch nicht bekommen, die Bücher sind noch nicht abgerechnet und wir laufen hier alle meist ohne einen Pfennig in der Tasche herum.“ Da er kein Geld zur Bezahlung der Telegrammgebühren hatte, meinte er, es sei ihm gesagt worden, die Gebühre für die Depesche würde ihnen von dem Gelde, das sie geschickt bekämen, abgezogen. Der Postbeamte lehnte aber diese Auffassung lächelnd ab und vertehrte ab, daher gab ich dem Chinakämpfer aus dem Esack die 66 Pf. Mit vernünftigen Gesichtern sah man nur die von Eltern oder Verwandten bei der Ankunft empfangenen heimgekehrten Soldaten, alle andern erschienen gedrückt und, wie mir schien, sehr enttäuscht über den trodenen Empfang und die leeren Taschen.“

Ein würdiger Ausgang!

## Partei-Nachrichten.

In München fand am Montag, den 17. Juni, eine riesige, von etwa 8000 Personen besuchte Parteiverammlung statt. Genosse Paul Singer, der bei seinem Erscheinen stürmisch begrüßt wurde, besprach in andertalbhündiger Rede die politische und wirtschaftliche Situation in Deutschland und die Aufgaben der Volksoberleitung. An das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine längere, sehr interessante Diskussion. Zwei jüngere Angehörige der nationalsozialistischen Partei äußerten sich nämlich bezüglich dem Genossen Singer entgegen zu treten. Der eine der beiden Herren, ein stud. med. O. Hermann, entledigte sich seiner Aufgabe mit großem Geschick. Er bekannte zunächst seine vollste Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten mit Ausnahme der Darlegungen über den Militarismus und die Weltpolitik. Daß letztere so ungeschickt begonnen wurde, bedauerte auch er; ebenso mißbilligte er im Gegensatz zu Raumann die Richtpunkte „Rede des Kaisers“. Im übrigen sei die Weltpolitik durchaus notwendig für einen aufstrebenden Staat. Der Redner ging schließlich dazu über, Bernstein's Buch über die Voraussetzungen des Sozialismus mit ziemlichem Geschick auszusprechen, wobei er eine gute Kenntnis interner Parteivorgänge zeigte. Ein zweiter Student, dem alle Vorbedingungen für ein Auftreten in einer ersten Versammlung abgehen, harrangierte trotz der sehr vorgeschrittenen Zeit die Verlesung im Rahmen der Nationalsozialisten mit den plattesten Schnoddrigkeiten. Genosse Singer betonte in seiner Entgegnung, daß sich Bernstein nie und nimmer auf den Standpunkt der Nationalsozialisten stellen habe. Eine Partei, die die Peitsche des Sozialistengesetzes überwinden hat, lasse sich nicht durch das Ruderbröt der Nationalsozialisten leiten. Den theoretischen Diskussionen über das, was man eventuell einmal thun könne, wenn irgend welche Voraussetzungen erfüllt seien, werde innerhalb der Partei gar keine große Bedeutung beigemessen. Den Wegweiser könne er es allerdings nicht verdienen, wenn sie das mit haustieren gehen, und er selbst würde es auch so machen, wenn er in ihrer Lage sich befände. Aber praktisch werde dadurch nicht ein Satz von unsren bewährten Grundsätzen geopfert, und wer dies dennoch thun wolle, der löse sich eben von der Partei los. In dieser Beziehung bestesse aber gar keine Gefahr, daß die Bernstein'schen Räume in den sozialdemokratischen Himmel wachsen. Sollte aber einmal die Trennung kommen, dann, das stehe er nicht an zu sagen, halte er ein kleineres Häuflein entschlossener Männer für eine viel fruchtbarere Gruppe, als ein Konglomerat aller möglichen Elemente. Das Schlusswort Singers wurde von der Versammlung mit endlosem, demonstrativem Beifall aufgenommen.

Eine Konferenz der Gemeindevertreter wird am 7. Juli für das Großherzogtum Hessen in Offenbach abgehalten werden. Es wird über Programm und Organisation der Gemeindevertreter verhandelt werden.

Sozialistisch-revolutionärer Bund. Unter diesem Titel wird zur Zeit in Frankreich eine Vereinigung derjenigen sozialistischen Gruppen angestrebt, die sich im Gegensatz zu den „Ministeriellen“ befinden. Delegierte der Guesdins, Blanquisten und einer Anzahl

autonomer Gruppen sind zusammengetreten und haben ein Komitee ernannt, welches beauftragt ist, die Basis für eine Verständigung zu finden, die zu einer allgemeinen Organisation der revolutionären Gruppen führen soll.

### Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Wegen unerlaubter Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Straßen u. s. w. während des Gottesdienstes sollten zwei Genossen in Kiel je 50 M. Polizeistrafe bezahlen. Sie riefen das Schöffengericht an. Dieses sprach den einen der Uebeltäter frei, weil ihm eine Verbreitung während des Gottesdienstes nicht nachgewiesen werden konnte; den andern verurteilte es zu 20 M. Geldstrafe, weil er einer Frau ein Flugblatt von der Straße aus zum Fenster hineingereicht hatte. Darin wurde die „öffentliche“ Verbreitung gefunden.

## „Die goldene Hand.“

Die Agitationsgelder der englisch-südafrikanischen De Beers-Compagny sollen am Freitag das Berliner Schöffengericht beschäftigen. Es handelt sich um die schon mehrfach erwähnte Privatbeleidigungsklage des Berliner Vertreters der „Leipziger neuesten Nachrichten“, Dr. Paul Liman, gegen den früheren Chefredacteur der „Königlichen Zeitung“, Dr. August Schmitz, und den Redacteur Dr. v. Loda, welche ihrerseits die Widerklage angestrengt haben. Als Ohm Krüger nach Deutschland kam und hier eine begeisterte Aufnahme bei der Bevölkerung fand, machte der Londoner „Daily Telegraph“ hierzu seine Randglossen und behauptete, daß eine ungeheure Summe von Besetzungsgeldern aufgewendet worden sei, um in Deutschland künstlich Begeisterung für den Präsidenten Krüger zu entfachen.

Dieser Unterstellung trat Dr. Liman in seinem Blatte entschieden entgegen und veröffentlichte weiter einen Artikel unter der Ueberschrift „Die goldene Hand“, in welchem er folgendes mitteilte: In einem geheimen Geschäftsberichte der englisch-südafrikanischen De Beers-Compagny pro 2. Halbjahr 1899 befindet sich ein Posten unter dem Vrubrum „Specialfonds für Agitationszwecke“. Darin fanden sich folgende Ausgabenposten: nach Köln 1 200 000 M., nach Berlin 7 Millionen Mark. Der Artikel fügt hinzu: „Selbstverständlich liegen die genannten Städte nicht in Afrika, sondern in Deutschland. Kommentar überflüssig.“ Dieser Aufsatz erregende Artikel wurde von der „Königlichen Zeitung“ so aufgefaßt, daß ihr selbst der Vorwurf gemacht werden sollte, sie habe sich bestrengt, um eine England freundliche Haltung einzunehmen. Sie erklärte dies für Verleumdung und forderte die „Leipz. R. Nachr.“ auf, Beweise für ihre Behauptungen zu erbringen oder ihren Gewährsmann zu nennen, damit gegen diesen vorgegangen werden könne.

Dr. Liman erklärte darauf in den „Leipz. R. N.“, daß er die betreffenden Artikel geschrieben habe, und forderte die „Köln. Ztg.“ auf, ihn wegen dieser angeblichen Verleumdung zu belangen; er sei bereit, alsdann eine Reihe von Zeugen zu nennen, die den betreffenden Bericht gelesen und auch Kenntnis von weiteren mit der Angelegenheit zusammenhängenden Vorgängen genommen haben. Darauf entgegnete die „Königliche Zeitung“: „Wir wären dieser Aufforderung längst nachgekommen, wenn sich nicht bis jetzt die Verleumdung gegen die „Königliche Zeitung“ hinter einer Form versteckt hätte, die feige darauf berechnert ist, dem Strafgesetze keine Handhabe zu bieten. Man gebe endlich dieses feige Verdictspiel auf, man leide die Verleumdung in eine Form, die uns die Möglichkeit bietet, mit festem Griff in das Vagabundengebiet hinein zu fassen und Herrn Dr. Paul Liman vor dem Strafrichter als Verleumder zu entlarven.“

In weiteren Artikeln der „Köln. Ztg.“ wurde Dr. L. noch mit andern persönlich beleidigenden Bezeichnungen bedacht. — In der Antwort, die Dr. Liman auf diese Angriffe erteilte, hieß es u. a.: „Es ist kein Wunder, daß die „Köln. Zeitung“ sich durch den Artikel getroffen fühlte, denn notorisch ist ihr Korrespondent, der Redacteur der „Südafrikanischen Zeitung“, Dr. Seehil in Johannesburg, von England bestochen worden, um in der „Köln. Ztg.“ für England Stimmung zu machen. Außerdem ist es gerichtsmäßig, daß Zeit und andre Hänger der De Beers-Compagny, sowie ähnlicher Compagnien seit Juli 1899 dem preussischen Staate für die Anstalten außerordentlich wertvolle Geschenke gemacht haben. Daß diese Herren nicht aus eigener Tasche, und aus Liebe zum Deutschen Reiche, sondern auf Kosten der im südafrikanischen Kriege beteiligten Gesellschaften, um die für sie notwendigen Sympathien des deutschen Volks zu gewinnen, dies gethan haben, dürfte wohl anzunehmen sein.“ Dr. Liman teilte in einem andern Artikel noch mit: „Der erwähnte Geheimbericht der De Beers-Compagny trägt die Unterschrift „Fionel Phillips“ und befand sich im Gouvernementsgebäude in Pretoria. Der Herr, der den Bericht gelesen, ist Gouvernementsbeamter und heißt Sluiter.“

Die Zeitungsjehde schloß damit ab, daß Dr. Liman gegen den Chefredacteur der „Köln. Ztg.“ und gegen den Verfasser der von der „Köln. Ztg.“ gedruckten Artikel die Privatklage erhob, die genannten Herren dagegen die Widerklage anstregten.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Ueber das Ende des Barbierstreiks brachte die Tagespresse verschiedene Artikel, die darin gipfelten, daß der Barbierstreik zu Ende ginge, da es der Lohnkommission nicht gelungen wäre, die Innungsgehilfen zu bestimmen, sich an der Lohnbewegung zu beteiligen.“

Dem gegenüber müssen wir versichern, daß das ersehnte Ende des Streiks noch nicht gekommen ist, die Möglichkeit einer baldigen Beendigung aber darin liegt, daß schon einige ganze Innungsbezirke unsere Forderungen bewilligt haben.

An ein Aufheben des Streiks, ohne die Innung zur Anerkennung unserer Forderungen gezwungen zu haben, wird unsrerseits nicht gedacht, da auch die Stimmung der Streikenden — worunter sich auch ein großer Teil Innungsgehilfen befindet — nicht demgemäß ist, zu den alten Bedingungen auf ihre Arbeitsstellen zurückzukehren.

Wir möchten noch einmal besonders darauf hinweisen, daß wir den Osten Berlins so lange mit unsren „Barbierstudien“ belegen, bis die dortigen Bezirke ebenfalls kapitulieren. Da dies, wenn die Arbeiterschaft einig ist in dem Bestreben, uns zu unterstützen, in kurzer Zeit gelingen muß, so ersuchen wir unsre Arbeitsdrücker, so lange die kleinen Mängel, die unsren „Barbierstudien“ anhaften, hinzunehmen in dem Bewußtsein, einer schwerbedrückten Klasse von Arbeitern zum Siege verholfen zu haben.

Die Lohnkommission. J. A.: A. Lubert.

In der Notiz in der Nummer unresr Blattes vom 18. d. M., betreffend den Zustand der Sellerowasser-Abzieher der Firma H. Meyer u. Co., erhalten wir von der genannten Firma eine Zuschrift, deren sachlicher Teil folgendermaßen lautet:

Wir gestatten uns, die Sache dahin richtig zu stellen, daß acht Abzieher wegen Mangel an Beschäftigung überhaupt entlassen sind und nur den andern acht ein höherer Accordlohn angeboten wurde, bei dem sie anstatt 24—27 M. jetzigen Wochenlohns das doppelte zu verdienen in der Lage sind.“

### Deutsches Reich.

Die Leipziger Würtzler haben am 15. Juni beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Forderungen, die gestellt werden sollen, sind folgende: 1. pro Woche 26 M. Minimallohn in den Brauereien; 2. 24 M. in allen andern Betrieben; 3. in mehreren noch näher zu bezeichnenden Werkstätten einen Aufschlag für Accordarbeit; 4. eine Maximal-Arbeitszeit von 10 Stunden pro Tag; 5. Anerkennung sowie Benutzung des Gehilfen-Arbeitsnachweises durch die Arbeitgeber.

Die Wandbühnen Streikender und Kammer sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben vor einiger Zeit den in Betracht kommenden Arbeitgeber einen Lohnvertrag zugestellt, der außer der neuveränderten Arbeitszeit die Erhöhung des Stundenlohnes von 55 bezw. 50 auf 65 bezw. 60 Pf. verlangt. Die Arbeitgeber haben

sich, wie in der letzten Versammlung der Streikender und Kammer mitgeteilt wurde, zunächst ablehnend verhalten, wofür aber die Forderungen anerkannt, falls auch die Hamburger Arbeitgeber sich hiermit einverstanden erklären.

Austritt aus der Gewerkschafts- und Parici-Organisation verlangt die Hamburger Gummiindustrie von den Arbeitern, welche sich jetzt, nachdem der Streik durch einen Vergleich beendet ist, zum Wiedereintritt in die Fabrik melden. Diese Vergewaltigung der Arbeiter ist also die erste Handlung, womit die Unternehmer den „Frieden“ einleiten. Unser Hamburger Partei-Organ giebt den Arbeitern den Rat, das Verlangen der Fabrikanten der Form nach zu erfüllen, im übrigen aber ihrer Organisation, die ihnen den Kampf ermöglichte, treu zu bleiben.

Wenn also die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen, einer Zwangsfrage Rechnung tragend, diesem Rat folgen, so haben die buntalen Unternehmer auf diese Weise Heuchler herangebildet. Ein Erfolg, dessen sie sich sicher nicht zu freuen haben. Die Ueberzeugung, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit ihren Klassen-genossen kann den Arbeitern ja durch keine noch so gewalttätige Maßregel geraubt werden. Ein solches Vorgehen, wie es die Hamburger Gummiindustrianten betreiben, verdirbt keinen Frieden, es erzeugt vielmehr Erbitterung und giebt Ursache zu neuen Kämpfen bei gelegener Zeit. Schon aus Rücksicht auf den eigenen Vorteil sollten die Fabrikanten jeden Grund zu ferneren Zwistigkeiten mit den Arbeitern meiden. Sind doch die Aulien der Gummiindustrianten im Laufe des Streiks rapid im Aufsteig gegangen, während sie sofort nach Beendigung desselben von 281,00 auf 293,75 emporgeschwungen sind.

Die angesperrten Zimmerer in Wiesbaden haben die Aussperrung mit einem Beschluß beantwortet, wonach den Meistern folgende Lohnforderungen zugesetzt werden sollen: 45 Pf. Stundenlohn für Junggesellen nach Vereinbarung, jedoch nicht unter 40 Pf. für Poliere nicht unter 60 Pf. pro Stunde. — Seit dem 1. April betrug der Stundenlohn durchschnittlich 43 Pf. Zu bemerken ist noch, daß die Zimmerer versucht haben, wegen der Arbeitsordnung, deren Nichtanerkennung seitens der Gesellen den Anlaß zur Aussperrung bot, mit den Meistern vor dem Gewerbegericht zu verhandeln. Das haben die Meister aber abgelehnt und am Sonnabend die Zimmerer — 110 an der Zahl — ausgesperrt.

### Inland.

Kopenhagen. Der Ausbruch der Ruffeher ist beendet, die Arbeit wurde am Mittwoch wieder aufgenommen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauenarbeit und Frauenschule.

Der Jahresbericht der sächsischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten ist auch für die Arbeiterinnen deshalb besonders interessant, weil es sich um das industriereichste Land im Deutschen Reich handelt. Teils ist es eben die hieraus sich ergebende große Fülle, ja Ueberfülle an Stoff, welche den Bericht oft da vorzeitig erscheinen läßt, wo etwas mehr Ausführlichkeit erwünscht erschiene, um ein anschauliches Bild über Zustände und Vorkommnisse der verschiedensten Art zu gewinnen.

Ein Gegenstand, der für uns besonders Interesse hat, leidet nicht unter dieser Beschränkung; die weibliche Inspektion wird in einigen der 5 Kreisoberhauptmannschaften (für jede ist eine weibliche Vertrauensperson angestellt) mit Ausführlichkeit geschildert. Es scheint, als sei die Dresdener Vertrauensperson, Fraulein Dose, ebenso hing als energisch. Ihre Aufgabe ist es, Beschwerden, Wünsche u. s. w., welche Arbeiterinnen nicht direkt den Gewerbe-Aufsichtsbeamten vortragen wollen, mündlich oder schriftlich entgegenzunehmen und sie dann der Kreisoberhauptmannschaft zur Veranlassung des weiteren zu übermitteln.“

Ein sehr enger Kreis von untergeordneten Pflichten, wenn man es buchstäblich meint; aber jedes solche Amt bietet Möglichkeiten zu nützlicher Tätigkeit, wenn man sie zu benutzen weiß. Nachdem drei Monate lang niemand kam, besuchte Fraulein Dose eine Anzahl Betriebe; 4 Konfektionsgeschäfte, 5 Cigarren- und Cigarettenfabriken und 8 Betriebe verschiedener Art. Sie berichtet darüber: „Im großen und ganzen bin ich bezüglich der Stellung von Misländen auf meine eigne Beobachtung angewiesen geblieben und glaube ich, daß für die nächste Zeit hierin keine Aenderung eintreten dürfte. Die Anzahl der Arbeitslosen ist unter den Arbeiterinnen so groß, daß sie sich nur sehr schwer zu irgend einer Anlage einschließen. Nur in den Fällen, wo ich Gelegenheit hatte, mit den Arbeiterinnen allein zu verkehren, wagten dieselben mit verschiedenen Wünschen an mich heranzutreten.“ Die Arbeitgeber rühmt sie als sehr entgegenkommend, bereit, von ihr die Begehung von Misländen entgegenzunehmen. Der spätere Bericht lautet: „Bezüglich meines Verlehrs mit Arbeitgebern und Arbeiterinnen läßt sich konstatieren, daß derselbe bedeutende Fortschritte anzuwenden hat. Meine Sprechstunden sind in letzter Zeit von 10 Personen, darunter zwei Arbeitgebern, besucht worden, die sämtlich der Konfektionsbranche angehören. Die in den Sprechstunden behandelten Fragen betreffen 1. Kontrollen seitens der Arbeitgeber, 2. Kontrollen seitens der Arbeiterinnen, 3. Klagen über übermäßige Arbeitszeit, 4. Wünsche der Arbeiterinnen betreffs Verlängerung der Mittagspause von 1 auf 1 1/2 Stunden. Letzterer Wunsch wurde insbesondere häufig unterbreitet.“

Bezüglich des unter 2. erwähnten Kontrollen seitens der Arbeiterinnen erlaube ich mir die Mitteilung, daß es mir in zwei Fällen gelungen ist, durch Aufklärung und gütlichen Zuspruch Arbeiterinnen von der ungeschicklichen Lösung ihres Arbeitsverhältnisses zurückzubringen. Im allgemeinen habe ich den Eindruck gewonnen, daß die Arbeiterinnen es dankbar empfinden, sich über ihre Interessen, Wünsche und Beschwerden vertraulich ausdrücken zu können.

Ueber etwaige böswillige Denunziationen habe ich bis jetzt, vielleicht einen Fall ausgenommen, nicht zu berichten. Die Arbeiterinnen sind im Gegenteil oft so ängstlich und unsicher, daß es häufig einiger Mühe bedarf, sie zu einer offenen Aussprache zu bewegen.“ Zum Schluß kommt noch ein großes Lob über die Höflichkeit und Zuverlässigkeit der Arbeitgeber, die „bereitwillig“ über alle Fragen Auskunft geben. Freilich fehlt diesem Bericht das Beste. Die Auskunft darüber, ob es der Dame auch gelungen ist, durch Aufklärung und gütlichen Zuspruch einige der böhschen Herren zu einer Nachgiebigkeit zu bewegen. Ungefragt ist übermäßige Arbeitszeit und Verweigerung der längeren Mittagspause auch, ebenso der Kontrollen seitens des Arbeitgebers. Solange man nicht erklärt, daß Fr. Dose auch nach dieser Richtung Erfolge erstrickt und erringt, wird man sich über die große Höflichkeit der Herren so wenig wundern, als über die große Angstlichkeit der Arbeiterinnen.

Die übrigen Kreise haben über diesen Gegenstand sehr wenig zu sagen; der Waagner „Vertrauensperson“ ist keine Mitteilung vorgegangen, in dem Chemnitzer Bericht wird sie gar nicht ausdrücklich erwähnt. Von den 8 Fällen im Jwidauer Kreise ist mir einer gewerblicher Natur. In Leipzig, wo die betreffende Dame auch Arbeiterinnenversammlungen beigegeben hatte, um sich bekannt zu machen, gingen ihr gleichwohl nur fünf Anzeigen zu, welche ebenso, beziehungsweise besser direkt an die Gewerbe-Inspektion gerichtet werden konnten.“

Ganz eigentümlich berührt der schlecht verheißene Triumph, mit welchem diese Mißerfolge auf dem neuen Gebiet verknüpft werden. Erstaunlich sind sie nicht; werden doch auch die Inspektoren selbst von Arbeitern sehr wenig in Anspruch genommen, oft dagegen von den Fabrikanten. Und wer sollte das wundern, der den Ton aus den Berichten hervorklingen hört, Arbeitgebern freundlich in hohem Grade, den Arbeitern gegenüber kühl bis ans Herz hinan. Die ein oder zwei Ausnahmen sogar klugen feil und erichorden, mit dem Gefühl, daß sie nicht den richtigen Ton treffen. Nach den sächsischen Berichten wird man geradezu wehmützig gestimmt, wenn in dem langen Bericht nichts ein Gefühl, ein lebendiges Empfinden weckt, als einige Wohlthateneinrichtungen, welche denn auch in großer Ausführlichkeit geschildert sind. Diese Wohlthat, welche jene Jugendbewegung macht, ist eben nur eine geschickte Art, Betriebsangelegenheiten, die sich geschäftlich meist angeeignet reitieren, mit einem Mantel der Humanität zu drapieren. Wie so oft, wird auch hier den Gläubigen Sand in die Augen gestreut;

der Zweck, geschulte Arbeiter durch Ausichten auf Gewinn, durch Angst vor Verlust, an die Fabrik zu fesseln wird erreicht und das hohe Lob seiner Freigebigkeit erhält der kluge Geschäftsmann noch ganz umsonst. Gemeint sind es die Frauen, sowohl die Arbeiterinnen selbst als die Ehefrauen der Arbeiter, welche sich durch diese lockenden Ausichten blenden lassen; die Raube auf dem Dach lockt sie unwiderstehlich — den Spag in der Hand, die Freiheit ihrer Entschlüsse lassen sie ruhig fahren.

Die Annaberger Inspektion klagt lebhaft über die zu große Vergnügungssucht. Die Vereinsmeierei, welche sie schildert, mag ja ihre großen Nachteile haben; eigenförmlich jedoch ist die Begründung dieser Ansicht, welche auf die Klage eines Fabrikanten hinweist: „es sei oft bei besserem Geschäftsgange schwer, Arbeiter zu Ueberstunden heranzuziehen, denn diese hätten wegen der vielen Vereinsabende und Vergnügungen kaum einen freien Abend zur Verfügung, und doch sei mancher Arbeiter eines weiteren Verdienstes sehr bedürftig.“ Dieser letzteren Jargon Wahrheit eingedenk, welche wohl insbesondere für Frauen von besondere Geltung hat, machten die 157 000 weiblichen Arbeiterinnen in Sachsen 882 156 Ueberstunden.

In den letzten Monaten des Jahres beginnt der wirtschaftliche Abstieg. Die Arbeiter sind in dieser Zeit weiteren Verdienstes nur selten bedürftig, denn die Arbeitszeit wird ja beschränkt und der Lohn auch; man thäte es sicher nicht, wenn es den Arbeitern schädete — die notwendigen Lebensbedürfnisse werden, wie einige Berichterstatter melden, teuer. Die Nachfrage nach Arbeiterinnen blieb gleich hoch und es ist erfreulich, aus dem Sächsischen Meibier zu hören, daß es für Betriebe, in denen schmutzige oder sonst unangenehme Arbeiten zu verrichten sind, oft schwierig war, Arbeiterinnen in genügender Zahl zu erlangen und die dort vorhandenen Arbeiterinnen zu halten. Ist eine Arbeit schmutzig, dann zähle man eben um so besser — dann wird sich schon jemand dafür finden.

Im Plauenischen Bezirk, der Heimat billiger Näherei und Stickerie, mußte allein für diese Arbeiten in 37 Fällen eingeschritten werden. Eine Schürzenstepperin im oberen Vogtland war in einem Raum von 2 3/8 Meter Höhe untergebracht, so daß auf jede Arbeiterin 5 1/2 Kubikmeter Luftraum fielen. Da es sich um die verkehrswirtschaftliche Einführung der Stepperei in die betreffende Gegend handelte, und ein entsprechendes Gebäude in Jahresfrist ausgeführt werden soll, gestattete die Inspektion die Weiterbenutzung trotz des vorchriftswidrigen Höhenmaßes, für einige Personen weniger und mit einigen Lüftungsvorrichtungen. „Das hierauf von dem Unternehmer gestellte Gesuch, ihm die Benutzung der vorhandenen Räume zu ermöglichen bis zum nächsten Frühjahr bedingungslos zu gestatten, konnte mit Rücksicht darauf, daß die überwiegende Mehrzahl der beschäftigten Personen in der Entwicklung stehende Mädchen waren, nicht befürwortet werden.“ — Ob der Unternehmer im oberen Vogtland sich wohl genau an die Vorschriften gehalten hat, die er so gern los gewesen wäre?

Eine Bauenausschere in einer kleinen Stadt befand sich in einem nicht heizbaren, im Mittel bloß 2,15 Meter hohen, unter dem schrägen, unverschalteten Dach gelegenen Raum von nur 53 Kubikmeter Luftinhalt, in welchem 12 Arbeiterinnen thätig waren. Die Verlegung nach geeigneteren Räumlichkeiten wurde herbeigeführt.

Ja, ja, in Sachsen gedeiht die Industrie, die Unternehmer, die Staatsanwälte und — die Socialdemokratie.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Montag, den 24. Juni: Ausflug nach Ziegel. Treffpunkt bis 4 Uhr im Lokal von Richter, Berlinerstr. 65, vor der Vorkriegs Fabrik. Gäste sehr willkommen.

**Die Genossinnen von Offenbach** wählten in öffentlicher Versammlung eine Vertrauensperson für den ganzen Reichstagswahlkreis. Der Gewählte wurde von den Organisationen das Recht zurkannt, an den Beratungen des Vorstandes der Partei-Organisation sowie an der Kreisconferenz teilzunehmen.

**Gleichberechtigung weiblicher Ärzte.** Das oberste Verwaltungsgericht für Oesterreich hat auf Beschwerde einer Ärztin entschieden, daß den weiblichen Ärzten das aktive und passive Wahlrecht zu den Bezirksparlamenten zustehen.

## Sociales.

**Eine Normal-Dienstordnung** für die Regelung der Rechtsverhältnisse und allgemeinen Anstellungsbedingungen der Berufs-genossenschaften. Beamtene war schon dem Ende Dezember zusammengetreten XIV. ordentlichen Berufs-genossenschaftstage vorgelegt worden. Auf Veranlassung des Reichs-Versicherungsamts ist dieser Entwurf einer Durcharbeitung unterzogen worden, er wird Gegenstand der Beschlußfassung des nächsten am 28. Juni in Breslau tagenden Berufs-genossenschaftstages sein. Der Hauptinhalt der 20 Paragraphen ist: Der Vertrags-Abbruch muß schriftlich sein, die technischen Beamten, die mit der Inspektion der Unfallverhütung betraut sind, müssen praktische oder theoretische Befähigung, in bestimmten Fällen beides nachweisen. Die Bureaubeamten gliedern sich in Buch- und Kassensührer, Abteilungsvorsteher, Sekretäre, Expedienten, Ranglisten, Bureauassistenten. Es sind mit allen diesen Gruppen Abmachungen über Anstellungs-dauer und Kündigungsfristen zu treffen. Gewerbmäßige Nebenbeschäftigung ist in der Regel untersagt, Entlassung ohne Kündigung ist bei großem Vertrauensbruch und dergleichen gestattet. Im Falle der Krankheit ist mindestens für die Dauer von drei Monaten das Gehalt weiter zu bezahlen, im Falle des Todes beziehen die Angehörigen drei Monate weiter das Gehalt. Das Gehalt erhöht sich zum mindesten von drei zu drei Jahren in bestimmten garantierten Sätzen, über die jedoch hinausgegangen werden darf. Die Gehälter sind monatlich im voraus zu bezahlen. Die Höhe der Tagegelder bei Reisen ist festzusetzen. Ueberstunden sind in der Regel nicht zu bezahlen. Den höheren Beamten ist dreiwöchentliche, den anderen zweiwöchentliche Urlaubszeit zu bewilligen. Nach zehnjähriger Dienstzeit tritt im Falle vermindelter Arbeitsfähigkeit das Recht auf Pension ein. Gegen die nur in bestimmten Fällen gestattete Entlassung nach zehnjähriger Thätigkeit kann schiedsgerichtliche Entscheidung angestrengt werden.

**Eisenbahn-Unfälle.** Aus der im Reichs-Eisenbahnamt bearbeiteten Statistik der Eisenbahnen Deutschlands, die soeben im 20. Jahrgange erschienen ist, teilt das Centralbl. d. B. u. V. die Haupt-Ergebnisse der Jahre 1899 und 1898 mit. Von besonderem Interesse sind die Angaben über die Unfälle beim Eisenbahn-Betriebe, wobei zum Vergleich die Zahlen aus dem Jahre 1898 in Klammern beigelegt sind. Es waren zu verzeichnen 431 (410) Entgleisungen, 334 (287) Zusammenstöße und 2009 (2621) sonstige Betriebsunfälle. Bei sämtlichen Unfällen wurden 921 (897) Personen, darunter 67 (72) Reisende getötet, und 2078 (1913) Personen, darunter 317 (207) Reisende verletzt.

**Gegen das Bleiweiß.** Der Kongreß der französischen Architekten, der dieser Tage in Dijon stattfand, erklärte das Bleiweiß für ein gesundheitsschädliches Gift, dessen Gebrauch unterdrückt werden müsse. Der Kongreß fordert die Zweigvereine auf, Beschäftigte namhaft zu machen, und innerhalb zweier Monate sich darüber zu äußern.

## Sociale Rechtspflege.

**Eine neue, die Arbeiter benachteiligende Entscheidung** hat das Reichs-Versicherungsamt kürzlich gefällt. Die Vinnenschiffahrtsgenossenschaft hatte den Rentenanspruch eines russischen Schiffers nach R. abgewiesen, der auf einem zwischen Danzig und Warschau regelmäßig verkehrenden deutschen Dampfer einen Unfall erlitten hatte, während das Schiff innerhalb des russischen Gebiets fuhr. Das Schiedsgericht hob diesen Entscheid auf und sprach dem Unfallverletzten Rente zu, aber das Reichs-Versicherungsamt stellte die Entscheidung der Vinnenschiffahrtsgenossenschaft wieder her und wies R. unter folgender Begründung mit seinen Ansprüchen ab:

Grundätzlich erstreckt sich die Unfallversicherung nur auf inländische Betriebe, weshalb deutsche Betriebe im Auslande nicht, die Betriebe ausländischer Unternehmer in Deutschland aber versicherungspflichtig seien.

Bei Unternehmungen, die teils im Inlande, teils im Auslande betrieben würden, sei nur der inländische Teilbetrieb, nicht der ausländische Teilbetrieb versichert. Eine Ausnahme trete nach der konstanten Judikatur des Reichs-Versicherungsamts nur dann ein, wenn es sich um eine nur gelegentliche Ausdehnung — „Ausföhrung“ — des inländischen Hauptbetriebs nach dem Auslande und umgekehrt handele, einen Teilbetrieb, der keine selbständige wirtschaftliche Bedeutung habe. Weiter könne die Rechtsprechung nicht gehen. Die sich daraus ergebenden Mißstände, unter denen namentlich die Verkehrs- und Transportbetriebe zu leiden haben würden, könnten nur durch den Abschluß von Staatsverträgen behoben werden, wozu ja auch der § 4 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 eine gesetzliche Grundlage biete.

Diese Entscheidung ist von sehr großer Bedeutung, aber unfreiwillig auch sehr ansehbar. Das Reichs-Versicherungsamt scheint — nach den uns vorliegenden ausführlichen Entscheidungsgründen zu urteilen — eine sehr wichtige Frage völlig unerörtert zu haben, nämlich die: ob der Unternehmer zu den Beitragsumlagen für die Summe aller in seinem ganzen Betriebe gezahlten Arbeitslöhne herangezogen wird, oder nur für die in dem inländischen Teilbetriebe gezahlten Löhne. Wäre das letztere der Fall, so steht die Entscheidung des Reichs-Versicherungsamts auf sehr schwachen Füßen.

## Versammlungen.

**Eine auch von Frauen sehr zahlreich besuchte Volksversammlung**, einberufen vom Vertrauensmann des 1. Wahlkreises, tagte am Dienstag in den Arminkallen. Frau Dr. R. Luxemburg sprach über: Weltpolitik und die Arbeiterklasse. In sehr treffender Weise kennzeichnete die Rednerin die von der herrschenden Klasse gegenwärtig so beliebte, aber unerlöschliche und volkschädliche Welt- und Eroberungspolitik, wie sie neuerdings in China zum Ausdruck gekommen ist. Der Auszug des Weltmarktschiff Waldsee hat dem deutschen Volke 300 Millionen Mark gekostet, die zweifellos viel besser zur Aufbesserung der Gehälter für die hunderttausend ostpreussischen Volksschullehrer, für Schul- und Krankenhaustbauten und anderen Kulturzwecken verwendet werden könnten. Die bekannnten Vorlesungen gaben keineswegs die Berechtigung zu dem, noch dazu verfassungswidrig und ohne Zustimmung der Volksvertretung unternommenen Chinazuge; sie mußten aber doch dazu herhalten, um den Chinarummel überhaupt in Szene setzen zu können. Die Rednerin erinnerte daran, daß noch bis vor 10 Jahren die Weltbevölkerung Kolonialpolitik, die jetzt alles beherrscht, in Deutschland so ziemlich unbekannt war und daß selbst Bismarck die Gefährlichkeit einer solchen Politik einsah und dem Drängen der Kolonialphantasten lebhaften Widerstand entgegensetzte. Dann erörterte Genossin Luxemburg die überaus traurigen Erfahrungen, die Deutschland mit seinen Kolonien bisher schon gemacht hat. Sie wies nach, daß nur einige kleine Interessengruppen von dieser Raub- und Eroberungspolitik Vorteile zu erzielen suchen, während die Arbeiterklasse Gut und Blut opfern und die ungeheuren, fortgesetzt steigenden Kosten des Militarismus und Marinismus tragen muß. In ihrem weiteren Ausführungen kritisierte die Rednerin das volksfeindliche Verhalten des Centrums, der national-liberalen und freisinnigen Parteien, die in der Zeit der weltpolitischen Aera den letzten Rest der demokratischen und liberalen Grundzüge aufgegeben, dem persönlichen Regiment Vorschub leisteten und der Regierung in jeder Weise zu Willen waren und es schließlich der Socialdemokratie überlassen haben, den Kampf gegen eine derartige aller Kultur und Civilisation höhnsprechende Weltpolitik allein zu führen.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte nur eine kurze Diskussion, in der Genossin Kuchendäcker sich im Sinne der Referentin äußerte, während ein Herr Kauter den allerdings vergeblichen Versuch machte, der Versammlung die Notwendigkeit des Militarismus nach national-socialen Mustern nachzuweisen. Nach einer kurzen Erwiderung seitens der Genossin Luxemburg und nachdem Genossin Bohn noch auf den vom Wahlverein zum 28. Juni arrangierten Ausflug nach der Pferdebut bei Köpenick aufmerksam gemacht hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung.

**Der socialdemokratische Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Südost)** hielt am Dienstag eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Reichstags-Abgeordneter Richard Fischer sprach über das Thema: „Politische und gewerkschaftliche Bewegung in den Zeiten der Krise“. In kritisch gehaltenen, geschichtlicher Darstellung wies der Redner zunächst nach, daß in der großen deutschen Arbeiterbewegung, was den Geist und das Endziel betreffe, zwischen ihrem gewerkschaftlichen und politischen Teil ein Gegensatz nicht bestanden habe und nicht bestehe. Man habe nur den Einwand erhoben, daß durch die lebhafteste Thätigkeit der gewaltig angewachsenen Gewerkschaften, namentlich im letzten Jahrzehnt, der Partei eine Reihe von Kräften und von Mitteln entzogen worden seien. Das sei richtig. Aber es sei keine Frage, daß deshalb die allgemeine socialistische Arbeiterbewegung einen Schaden nicht erlitten habe. Die gewerkschaftliche Bewegung der Klassenbewußten Arbeiter und die politische Bewegung seien doch nur Teile der socialistischen Bewegung, nicht Gegenpole. In den Zeiten eines industriellen Aufschwunges, wie ihn das letzte Jahrzehnt gezeigt, sei es einfach Notwendigkeit, Pflicht der Selbsterhaltung, ein großes Gewicht auf die gewerkschaftliche Bewegung zu legen. Und in einer solchen Zeit werde eine große Menge gleichgültiger Arbeiter erst angezogen, mit den Ideen der Klassenbewußten Arbeiterbewegung bekannt gemacht. Kein Zweifel, daß das stetige und gleichmäßige Aufschwollen der socialistischen Bewegung seit dem Fall des Socialistengesetzes zum großen Teil der Gewerkschaftsbewegung mit zu verdanken sei, ohne daß politische Thematik in den Gewerkschaften verhandelt wurden. So sehr die Gewerkschaftsbewegung eine Notwendigkeit sei, so könne sie erfolgreich ihre Aufgabe nur unter dem Gesichtspunkt des socialdemokratischen Kampfes und nur da lösen, wo eine starke politische Bewegung vorhanden sei, die Einfluß auf die Gesetzgebung habe. Jetzt, wo wir ein Jahrzehnt hinter uns hätten, in dem die geistigen und wirtschaftlichen Kräfte der Arbeiter tief in Anspruch genommen wurden durch die großen gewerkschaftlichen Kämpfe, jetzt, wo der wirtschaftliche Niedergang begünne, da sei es Aufgabe der in den Gewerkschaften organisierten Socialdemokraten, sich mehr als bisher auch um die politische Bewegung zu kümmern und in der politischen Bewegung thätig zu sein. Große wirtschaftliche Kämpfe wären in der nächsten Zeit doch nicht zu erwarten. Redner gab dann noch ein umfassendes Bild von den reaktionären Strömungen der Reuzzeit und kam zu dem Schluß: „Es sei jetzt mehr als je die Aufgabe der Partei, ihre Agitation zu verschärfen, und die Gewerkschaften, das heißt ihre einzelnen Mitglieder, hätten jetzt doppelt die Pflicht, die Dienste, die ihnen die gesamte Arbeiterbewegung bei ihren großen Kämpfen geleistet, zu vergelten, indem sie sich in den Dienst der socialdemokratischen Partei stellen. Der 1 1/4 stündige Vortrag fand lebhaften Beifall. Es knüpfte sich daran eine kurze Debatte, die lediglich Vorgänge aus der Geschichte der Buchdruckerbewegung zum Gegenstand hatte. Dann erledigte man noch einige Vereinsangelegenheiten.

**Im Wahlverein für den 6. Wahlkreis** hielt Genossin Glode am Dienstag einen interessanten, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Herrschaft des Junkertums in Preußen“. Am Schluß seiner Ausführungen verwies Redner auf die Beteiligung unserer Partei an den Landtagswahlen, die wohl mit geeignet sei, die Macht dieses Junkertums zu brechen. Eine Besprechung fand nicht statt. Eine Anfrage des Genossen Nische über die bevorstehende Reorganisation des Wahlvereins, beantwortete der Vorsitzende

Fahren dahin, daß das neue Statut bereits ausgearbeitet und zur Verteilung bezogen. Vorbesprechung an die Bezirksführer gelangt sei. Im übrigen ersucht Redner die Genossen, schon jetzt darauf bedacht zu sein, sich in die Listen zu den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen einzutragen zu lassen.

**Eine Steinarbeiter-Versammlung** fand am Dienstag im „Englischen Garten“ statt. Zunächst berichtete Hirte über die Konferenz in Schleien. Es seien dort 12 Orte vertreten gewesen, mit insgesamt 3100 Kollegen, wovon 2100 organisiert seien. Die Agitation werde an mehreren Orten durch den Zugzug ausländischer Kollegen sehr erschwert und dadurch, daß diese häufig den Deutschen vorgezogen werden, sei eine gewisse Verbissenheit entstanden. Die Angelegenheit solle dem internationalen Komitee unterbreitet werden, so daß die Ausländer vor dem Zugzug nach dem ohnehin schon mit Arbeitskräften überfüllten Gebieten gewahrt werden. An dem Bericht schloß sich eine lebhafteste Diskussion.

Darauf wurde über die Frage: „Wird in allen Geschäften nach Tarif bezahlt?“ verhandelt und besonders über die Lohnverhältnisse bei der Firma Winterfeld debattiert. Ferner wurden die schlechten Lohnverhältnisse in den Grabsteingebieten besprochen und die Anwesenden aufgefordert, sich um die dort beschäftigten Kollegen zu kümmern.

Als Delegierter der Gewerkschaftskommission berichtete Hirte über den Parbierstreik sowie über den Streik der Tabalarbeiter in Nordhausen und forderte die Anwesenden auf, in dieser Hinsicht ihre Pflicht zu thun.

**Die städtischen Laternenwärter** hielten am 15. d. Mts. eine öffentliche Versammlung ab, die sich mit folgenden Angelegenheiten beschäftigte. Sämtlichen Laternenwärttern von Berlin war von der Verwaltung mitgeteilt worden, daß der Lohn in Zukunft nicht wie bisher am 1. und 16. eines jeden Monats, sondern erst am 3. und 20. ausgezahlt werden sollte. Die Betroffenen sind aber damit keinesfalls einverstanden, indem sie am 1. eines jeden Monats die Miete zu zahlen haben. Die Versammelten beauftragten den Arbeiter-Ausschuß, dafür einzutreten, daß der Lohn wie bisher am 1. und 16. ausgezahlt wird. Durch Eingreifen ihrer Organisation haben sich die Laternenwärter einen Aufschlag verschafft, dessen Zuechtung aber von der Mehrzahl der unteren Vorgelegten nicht gern gesehen wird. So wird von den Anhängern in einem Hauptrevier verlangt, daß sie an ihrem Aufschlag mit der Leiter zum Appell erscheinen, obgleich der Arbeiter-Ausschuß schon vor einiger Zeit den Herrn Inspektor darauf aufmerksam gemacht hatte und von diesem auch Venderung versprochen wurde. Die Versammelten gaben ihre Meinung dahin kund, daß sie keinesfalls mit einer Beeinträchtigung ihres Aufschlags einverstanden sind, sondern verlangen, daß auch die Begünstigungen einzelner, welche jetzt noch stattdessen sollen, beseitigt werden. Schon früher hatten die Laternenwärter in einer Petition gefordert, daß diejenigen, welche am Morgen den Dienst zu spät antreten, sich erst am Abend, aber nicht am Morgen desselben Tags bei ihrem Controleur melden könnten. Dieses wurde ihnen nicht bewilligt. Die Petitionen bestehen aber auf ihrer Forderung und beauftragen den Ausschuß, Stellung zu dieser Sache zu nehmen. Jede Woche hat ein Teil der Laternenwärter Patrouillendienst. Dieses wollen die Versammelten in den Sommermonaten beseitigt resp. eingeschränkt wissen. Der Arbeiter-Ausschuß wurde beauftragt, zu allen diesen Punkten Stellung zu nehmen und die vorhandenen Mißstände aufzudecken.

## Bis zum letzten Mann.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung veröffentlicht den Bericht eines Gewährsmannes, der von Frau Gotha die Mitteilung erhielt, daß der englische General French zweimal gefangen genommen und ehrenvoll zurückgeführt worden sei. Alsdann sollte er erschossen werden; Lord Kitchener intervenierte jedoch, worauf French gegen 1000 in Simonstown gefangene Boeren ausgeliefert wurde. Frau Gotha versicherte wiederholt, ihr Gatte werde bis zum letzten Manne, bis zur letzten Patrone stehen, sämtliche Boeren würden, wenn nötig, jahrelang weiterkämpfen. England sei aber friedensbedürftig, da die ganzen Zustände unhaltbar geworden seien.

### Kriegsgreuel.

Während die deutsche Hochpresse die in China begangenen Unthaten der Kulturtruppen entweder beschönigt und abgeschwächt oder leugnet, entrüstet sie sich über die weit geringeren Greuel in Transvaal. Es ist anzuerkennen, daß englische Blätter nicht der schamlosen Feigheit und Verlogenheit der deutschen bürgerlichen Presse huldigen, sondern rücksichtslos die Schäden aufdecken, auch wenn sie von ihren eigenen Landsleuten verurteilt sind. Londoner Blätter veröffentlichen einen Bericht von Miss Gobbouse, der Delegierten des Komitees für die südafrikanischen Frauen und Kinder. Sie besuchte vom Januar bis April die von den Engländern in Bloemfontein, Vordals Point, Alwal Korth, Springfontein, Kimberley und Maseling errichteten Boerenlager. Ihre weitere Tour nach Kroonstad und den nördlichen Lagern wurde ihr verboten, worauf sie nach England zurückkehrte. Der Bericht enthält Details über die Grausamkeit des Lagerwesens, in das die Boerenfamilien zwangsweise interniert werden. Innerhalb sechs Wochen starben zweihundertfünfzig in Bloemfontein Lager. Sie nennt dies Lagererfahrungen eines Massengrausamkeit. Es kann nie aus dem Gedächtnis ausgelöscht werden, die Kinder stinken in der schrecklichen Hitze dahin, alles was geblieben kann, ist nur elendes Nidderl. Louwende, die physisch unfähig dazu sind, werden in Verhältnissen verlegt, die sie nicht ertragen können. Vor ihnen liegt der Ruin. Ganze Familien werden getrennt und zerstreut. Sie wissen nicht, wohin. Diese Lager beizubehalten, ist ein Verd für die Kinder.

Im Bloemfontein Lager waren 2000 Menschen, wenige davon Männer, 900 waren Kinder. Jetzt sind doppelt soviel darin. Das Lager liegt auf dem nackten Feld in der sengenden Sonne. Es besteht nur aus leinernen Zelten ohne eine Spur von Wänden. Nicht einmal Matratzen sind darin. Die Sonne brannte durch die Leinwand. Die Nationen waren für solche, die angehörige Kombattanten haben. Doch herzlich halbe, und sie sind auch jetzt noch elendig. Zuweilen reichen sie nicht herum. Das Fleisch ist bisweilen mäßig, das Wasser ungelochtes Rodderwasser. Die Kinder liegen leidend, wie abgerissene Blumen verwelkend, die Sterbeziffer ist enorm.

Noch schlimmer war das Kimberley Lager, welches ein 8 Fuß hoher Stacheldraht umgibt, und das von Schilwachen abpatrouilliert wird. Miss Gobbouse schließt: Der Ruin der meisten ist jetzt vollständig. Zu hoffen ist, daß der gesunde Verstand, wenn nicht das Erbarmen des englischen Volks sich gegen die Weiterentwicklung des grausamen Systems auflehnt, das so zermalmend auf die Alten, Schwachen und Kinder drückt. Ist seit unvorstelligen Zeiten je eine ganze Nation zu Gefangenen gemacht worden?

In China hat man dieses System dadurch vermieden, daß man einfach — keine Gefangenen machte! —

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Amnestiebegehren.

**Paris, 19. Juni. (B. L. V.)** Der Generalrat des Seine-Departements sprach in einer Resolution den Wunsch nach einer vollständigen Amnestie für die verurteilten Ausländer und die vom Staatsgerichtshof Verurteilten aus, mit Ausnahme der Verurteilungen wegen Hochverrats.

**Wien, 19. Juni. (B. L. V.)** Aus allen Gebirgsgegenden, den Alpen, den Karawanken, dem Karstgebiete, dem Erzgebirge und der Zaira wird ein Wettersturz gemeldet. Die Temperatur ist tief unter die normale gesunken; die Gebirge sind bis zur Thalsohle eingeschneit.

**Petersburg, 19. Juni. (B. L. V.)** Die Kommission zur Verhütung und Bekämpfung der Pestepidemie erklärt Ägypten mit Ausnahme von Port Said, dem Kanalgebiet und Suez für verpestet.

Wider den Arzneiwucher!

Wir werden um Aufnahme der folgenden Erklärung ersucht: Der Kampf, den seit dem 1. Mai dieses Jahres die Berliner Krankenkassen gegen die Apotheker führen, um wenigstens in geringem Maße die Ausbeutung des arbeitenden Volks durch die hohen Arzneipreise zu mildern, - dieser Kampf ist seit dem 20. Juni in ein neues Stadium getreten. Die vereinigten Apothekenbesitzer Berlins haben beschlossen, von diesem Tage ab den Krankenkassen den ihnen bis dahin gewährten Kredit zu entziehen, und Arzneien an Kassenkranke nur noch gegen Barzahlung zu verabfolgen.

Stuhigen Mutes und mit unbemerkter Siegeszuversicht sieht die „Centralkommission der Krankenkassen Berlins“ und sehen mit ihr die Krankenkassen, die sich dem Vorgehen gegen die Apotheker angeschlossen haben, dieser neuesten Wendung des Kampfes entgegen. Beweist doch gerade dieser Entschluß der Apotheker, daß sie selbst auf einen Erfolg der bisher angewandten Mittel nicht mehr rechnen und deshalb, unter Verleugnung ihres bisherigen Standpunkts, noch diesen letzten verzweifelten Versuch unternehmen wollen.

Als der Kampf begann, da erklärten die Apotheker feierlich, daß sie nicht gegen die Krankenkassen, sondern nur gegen die Kassenvorstände Krieg führen, daß sie die armen Kranken nicht für die Sünden der Vorstände büßen lassen wollten, und daß sie deswegen den Kredit nicht entziehen würden.

Damals hofften ja die Herren Apotheker noch, daß es ihnen gelingen würde, die Kassenmitglieder gegen die Maßnahmen, welche in ihrem Interesse von den Vorständen beschlossen waren, aufzuheben; man dachte, daß die kleinen Unbequemlichkeiten, welche die neue Regelung des Arzneibezugs notwendig mit sich brachte, und die Kleinlichen Chikanen, welche die Apotheker noch dazufügten, genügen würden, um den Krankenkassen den Frieden um jeden Preis - und wäre es selbst der endgültige Verzicht auf jegliche Milderung des Arzneiwuchers - als erstrebenswert erscheinen zu lassen.

An dem gesunden Sinn, an der, wie so oft, so auch in diesem Falle glänzend bewährten Opferwilligkeit der werththätigen Bevölkerung Berlins ist diese durchsichtige Spekulation elendiglich gescheitert!

Die Kassenmitglieder durchschauten auf den ersten Blick die Apotheker, als sie sich ihnen in der Maske des „Arbeiterfreundes“ näherten, heuchlerisch Ansehenshändeln darüber vergisend, daß „der Arbeiter zum Arzneikonsumenten zweiter Klasse degradiert werde“. Hatte doch bis dahin die „Arbeiterfreundschaft“ der Apotheker sich nur darin geäußert, - und das war ja gerade die Ursache des Kampfes gewesen, - daß den Arbeiterkassen für die Arzneien höhere Preise abgenommen wurden, als sie selbst der Millionär zu zahlen hat.

Nicht mehr Erfolg hatte die Behauptung der Apotheker, daß die Droguisten, von denen seit dem 1. Mai die Kassen den größeren Teil des Arzneibedarfs bezogen, minderwertige Arzneimittel liefern könnten. Daß die Droguisten das auch wirklich thun, das zu behaupten, hatten die Apotheker wieder nicht den Mut, denn die Behauptung hätten sie ja wahrscheinlich vor dem Strafrichter vertreten müssen. Aber so, wenn man nur die Möglichkeit behauptete, war man ja garnicht zu fassen. Leider verfiel aber auch dies Mittel nicht im geringsten. Es wurde vielmehr gerade aus Anlaß des „Apothekenbojotts“ die Erinnerung wachgerufen an Vorgänge, welche es mehr als zweifelhaft erscheinen lassen, ob denn wirklich die Berliner Apotheker in ihrer Gesamtheit berufen sind, als Hüter und Wächter geschäftlicher Reellität im Arzneimittelhandel aufzutreten.

Im Jahre 1887 sah sich der „Central-Verband homöopathischer Vereine in Deutschland“ veranlaßt, einmal die Berliner Apotheken darauf zu prüfen, ob von ihnen homöopathische Rezepte auch ordnungsmäßig ausgeführt werden, oder ob, wie das Gerücht ging, statt dessen einfach reiner Spiritus oder Milchzucker verabreicht werde. Es wurden zu diesem Zwecke sämtlichen Apotheken - damals 89 - Rezepte zugestellt, die in ihrer Form ganz homöopathischen Verordnungen entsprachen; nur waren nicht Arzneimittel verordnet, sondern statt dessen waren Namen eingesetzt, die zwar so klangen, wie Arzneimittelnamen, tatsächlich aber Krankheitsbezeichnungen und dergleichen waren.

Die gewählten Namen waren: Urticaria rubra rote Nesseltriefel, Pomphigus foliaceus - bössartiger Blasenaußschlag, Taber cinereum - grauer Hirnhöcker (Teil des Körpers), Madaroma fraudulenta - betrügerischer Glatkopf!

Von den 89 Apotheken fertigten 77 diese Rezepte mit den nicht existierenden Arzneimitteln an, und nur 12 verweigerten die Anfertigung. 77 Apotheker - nahezu sieben Achtel der damals vorhandenen - verübten also direkt einen Betrug; 29 Apotheker berechneten dabei die gelieferte „Arznei“ noch teurer, als dies nach der Tazze zulässig war.

Die Geschäftsnachfolger und die Erben jener Betrüger vom Jahre 1887 - ja vielleicht zum Teil noch diese selbst - gehören aber heute mit zu denen, welche den Krankenkassen-Mitgliedern den Arzneibezug aus den Droguengeschäften verleiern könnten, weil - die Droguisten minderwertige Waren liefern könnten. Schwere hat vielleicht niemals jemand sich gegen den alten Spruch vergangen: „Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen“.

Auch die Unbequemlichkeiten des Kampfes wirkten auf die Kassenmitglieder nicht in der Weise, wie es die Apotheker erhofft hatten. Willig nahmen die Kranken und ihre Angehörigen die kleine Mühe in den Kauf, die der weitere Weg zur Apotheke usw. bedeutet. Sagte sich doch ein jeder: „Der Kampf ist unser Kampf, der Sieg wird uns eine bessere Versorgung in tranken Tagen bringen“. Lächelnd ertrug man die Kleinliche Chikane, daß ein Teil der zugelassenen Apotheker die Kranken absichtlich lange auf die Arznei warten ließen, nur um ihnen zu zeigen, welche Ueberlastung der zugelassenen Apotheken durch die Ausperrung der übrigen entstanden sei. Und wenn Kranke darüber empört waren, daß sie die vom Arzt verordnete Medizin nicht erhalten konnten, so galt die Empörung nicht den Kassenvorständen, die das verschuldet haben sollten, sondern den Apothekern, die aus Chikane und wider Recht und Gesetz die Abgabe verweigerten - und so allerdings die Gemeinwohlthätigkeit ihres Monopols aller Welt aufs deutlichste vor Augen führten.

So waren also alle Hoffnungen der Apotheker vergeblich. Immer besser vollzog sich die Arznei-Lieferung durch die Droguengeschäfte; die von der „Centralkommission“ und der Droguisten-Jungung eingerichtete besondere Kontrolle der Droguengeschäfte - geleitet durch zwei ehemalige Apothekenbesitzer, von denen der eine zur Zeit Assistent einer öffentlichen Untersuchungsanstalt ist - fungierte aufs trefflichste und war geeignet, auch den letzten Verdacht zu be-

seitigen, der etwa noch gegen die Beschaffenheit der aus Droguengeschäften bezogenen Waren geäußert werden konnte. Die Arzneimittel - die sogenannten „Spezialitäten“ - welche zu verteuern die Apotheker beschloßen hatten, wurden von einem Teile derselben anstandslos geliefert! Vor allem aber: es gelang absolut nicht, einen Gegensatz zwischen Kassenvorständen und Kassenmitgliedern hervorzuwerfen. Im Gegenteil: kaum eine Klage der Mitglieder wurde laut, alle vielmehr waren mit ganzem Herzen und voller Begeisterung bei dem Kampfe, standen wie ein Mann hinter den Vorständen!

Daß die Apotheker unter diesen Umständen die Selbsttäuschung aufgaben, als ob der Kampf nur von den Vorständen, nicht von den Mitgliedern ausgehe, ist verständlich. Daß sie - wie der Erreichte zum Strohhalme greift - als letztes Mittel die Kreditverweigerung versuchen, ist begreiflich. Dadurch aber, daß sie diesen Versuch unternahmen, während Einigungs-Verhandlungen im Gange sind, verlegen die Apotheker ein ungeschriebenes Gesetz, das sonst selbst im Kampfe der Völker noch beobachtet zu werden pflegt: das Gesetz, daß, solange Friedensverhandlungen schweben, neue Feindseligkeiten nicht unternommen werden dürfen! Ein solches Vorgehen ist aber auch ein Schlag ins Gesicht der Herzlichkeit, insbesondere derjenigen Herren, von denen der Versuch zur Beilegung des Kampfes ausging. Glaubten die Apotheker vielleicht, dadurch die Sympathien der Ärzte zurückzugewinnen?

Die „Centralkommission der Krankenkassen Berlins“ ist ihrerseits in der loyalsten Weise verfahren. Sie hat das Flugblatt, das in diesen Tagen erscheinen sollte, mit Rücksicht auf die Einigungsverhandlungen verlagert, sie hat die Vollversammlungen, die stattfinden sollten, verschoben. Auf den Bruch des Waffenstillstandes, welchen die Kreditentziehung darstellt, hat die Centralkommission nun nur durch den Abbruch der Einigungsverhandlungen antwortet.

Den Herren Ärzten, welche im Interesse der Krankenkassen die undankbare Rolle eines Vermittlers auf sich genommen haben, danken wir für ihre opferwilligen Bemühungen. Wir bedauern, daß diese Bemühungen nicht von Erfolg gekrönt waren. Wir wissen uns aber eins mit den Kassenmitgliedern in dem Gefühl, daß eine Fortsetzung der Verhandlungen unter diesen Umständen mit untrer Ehre nicht verträglich gewesen wäre.

Die Herren Apotheker wollen den Kampf, sie mögen ihn haben: den Kampf „bis auf's Messer“. Sache der Kassenmitglieder wird es sein, und in diesem Kampfe mit demselben Opferrmut wie bisher zu unterstützen.

Die Centralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte.

Die Mitglieder derjenigen Krankenkassen, welche sich dem Vorgehen der „Centralkommission der Krankenkassen Berlins“ angeschlossen haben, erhalten die aus Droguengeschäften zu beziehenden Medikamente, wie bisher, von den zur Lieferung zugelassenen Droguisten ohne weiteres gegen Abgabe des vom Arzte unterschriebenen gelben Rezeptformulars ausgehändigt.

Die den Apotheken vorbehaltenen Medikamente (weiße Rezeptformulare) werden von

- der Kaiser-Wilhelm-Apotheke (Apotheker Deutel), NO., Landsbergerstr. 8; der Sedan-Apotheke (Apotheker Dr. Wedel), Schöneberg, Sedanstr. 8, auch ferner auf Kredit geliefert. In ihrem eigenen Interesse werden daher die Kassenmitglieder gebeten, soweit angängig, diese Apotheken zu bevorzugen.

Die übrigen zur Lieferung zugelassenen Apotheken gewähren fernerhin keinen Kredit, sondern geben Medikamente an Kassenmitglieder nur gegen Barzahlung ab. Es sind dies:

- Centrum: Apotheke zum schwarzen Adler, Königstr. 51. Fortuna-Apotheke, Dragonerstr. 6a. Löwen-Apotheke, Jerusalemstr. 30. Kommandanten-Apotheke, Sehdelsstr. 16. West: Humboldt-Apotheke, Potsdamerstr. 29. Barbarossa-Apotheke, Kurfürstendamm 1. Kurfürsten-Apotheke, Genthinerstr. 20. Pallas-Apotheke, Goltzstr. 23. Wittes Apotheke, Potsdamerstr. 84a. Engel-Apotheke, Ranonierstr. 44. Süd-West: Johanner-Apotheke, Planufer 11. Kreuzberg-Apotheke, Welle-Allianzstr. 75. Auguste Victoria-Apotheke, Königgräzerstr. 52. Apotheke zum goldenen Einhorn, Sirenenaustr. 92. Anhalter-Apotheke, Poststr. 18. Süd: Apotheke zur Sonne, Prinzenstr. 102. Apotheke zum Schwan, Oranienstr. 148. Urban-Apotheke, Urbanstr. 118. Hohenhausen-Apotheke, Boedtsstr. 30. Süd-Ost: Reander-Apotheke, Reanderstr. 29. Götlicher-Apotheke, Götlicherstr. 48. Adalbert-Apotheke, Adalbertstr. 16. Emmaus-Apotheke, Reichenbergerstr. 150. Springers Apotheke, Wanteuffelstr. 105. Apotheke am Schleißchen Thor, Staligerstr. 72. Ost: Grabis Apotheke, Stralauer Platz 20. Krugs Apotheke, Jordanerstr. 53. Reichsadler-Apotheke, Große Frankfurterstr. 134. Blumen-Apotheke, Blumenstr. 73. Stern-Apotheke, Posenerstr. 7. Nord-Ost: Apotheke zum schwarzen Adler, Neue Königstr. 50. Apotheke zu den Frankfurter Linden, Gr. Frankfurterstr. 108. Siegfried-Apotheke, Greifswalderstr. 10. Deutsche Apotheke, Wilsingstr. 15. Norden: Prinzen-Apotheke, Prinzen-Allee 69. Nord-Apotheke, Schulstr. 1. Prinzessin Victoria Louise-Apotheke, Vollastraße 44. Apotheke zum gekrönten schwarzen Adler, Auguststr. 60. Jünger-Apotheke, Anklamerstr. 39. Gustav Adolf-Apotheke, Ranonierstr. 1. Nordbahn-Apotheke, Fennstr. 31. Borussia-Apotheke, Schönhauser Allee 56. Marien-Apotheke, Wörtherstr. 40. Grüne Apotheke, Cosselstr. 19. Nordwest: Roland-Apotheke, Turmstr. 16. Diana-Apotheke, Turmstr. 28. Roabiter Apotheke, Alt-Roabit 18. Fellers Apotheke, Läderstr. 32. Schiller-Apotheke, Alt-Roabit 35. Kronprinzen-Apotheke, Hinderstr. 1. Stephan-Apotheke, Stendalerstr. 11. Polnische Apotheke, Mittelstr. 56. Schönig-Apotheke, Wittenstr. 6. Weisell-Apotheke, Beusselstr. 55. Charlottenburg: Friedrich Wilhelm-Apotheke, Leibnizstr. 89. Pestalozzi-Apotheke, Kaiser Friedrichstr. 61 B. Uhlant-Apotheke, Kantstr. 151. Hof-Apotheke, Berlinerstr. 71. Falken-Apotheke, Potsdamerstr. 31. Schöneberg: Pallas-Apotheke, Goltzstr. 23. Rigdorf: Reichsadler-Apotheke, Bergstr. 13. Berg-Apotheke, Hermannstr. 146. Lichtenberg: Lichtenberger Apotheke, Dorfstr. 41c. Groß-Lichterfeld: Adler-Apotheke, Drakestr. 56. Sieglitz: Apotheke von Rah, Albrechtstr. 19. Weihensee: Flora-Apotheke, König-Chaussee 9. Reu-Weihensee: Sonnen-Apotheke, Langhausstr. 82. In Ortschaften, welche nur eine einzige Apotheke besitzen, kann diese nach wie vor benutzt werden.

Wir bemerken, daß aus der Liste der zugelassenen Apotheken gestrichen sind, also nicht mehr in Anspruch genommen werden dürfen:

- Leipzig-Apotheke (Piper), Pantstr. 45c; Adler-Apotheke (Dr. Riefenfeld), Reinickendorferstr. 1; Borussia-Apotheke (Dahl), Schöneberg, Hauptstr. 141.

Dagegen werden in aller nächster Zeit in der Gegend des Wedding zwei neue Apotheken zugelassen werden; eine entsprechende Bekanntmachung bleibt vorbehalten.

Eine Inanspruchnahme anderer als der zur Lieferung zugelassenen Apotheken ist nur in dringenden Fällen gestattet.

Soweit der Arznei-Be darf der Kassenmitglieder nicht aus Droguengeschäften oder den beiden an erster Stelle genannten Apotheken gedeckt werden Kassenmitglieder Arzneien nehmen müssen, liegt Stoffe und damit im eignen daß die Kranken den Beangängig, veranlagten wird jederzeit gegen der Apotheke gezepts entweder in den in diesem Verzeichnis aufgeführten, an obensehendem Schilde kenntlichen Droguengeschäften erstattet. Mitglieder, die den Betrag des Rezepts nicht veranlagten können, erhalten in demselben Droguengeschäften gegen Quittung den notwendigen Vorschub, sie müssen jedoch dann nach Abholung des Medikaments aus der Apotheke das gestempelte Rezept und den Restbetrag des Vorschusses gegen Rückstättung der Quittung dem betreffenden Droguisten ausständigen. Zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten hat die Rücklieferung möglichst noch an demselben Tage zu geschehen.



Wir haben das Vertrauen zu der oft bewährten Opferwilligkeit der Berliner Arbeiterkassen, daß die Kassenmitglieder diese geringe Unannehmlichkeit im Interesse unserer guten Sache gern ertragen werden. Wir rechnen ferner auf die Unterstützung der Berliner Bevölkerung auch in der Beziehung, daß die Angehörigen der Kassenmitglieder und die anderen nicht versicherungspflichtigen Personen künftig ihren Arzneibedarf in erster Linie aus Droguengeschäften decken und, soweit dies nicht angängig, den zur Kassenlieferung zugelassenen Apotheken (siehe oben) den Vorzug schenken werden.

lokales.

Zum Apotheken-Bojott.

Der Verein der Apothekenbesitzer hat in seiner gestrigen Versammlung beschlossen, den Krankenkassen den bisher genossenen Kredit zu entziehen. Die Mitglieder derjenigen Krankenkassen, welche der Centralkommission angeschlossen sind, wollen in dem Falle, daß sie von den Apotheken Medikamente beziehen müssen, soweit es in ihren Kräften steht, die Medikamente gegen Quittung sofort beim Empfang in der Apotheke bezahlen und das veranlagte Geld von der Kasse zurückfordern. Es sind jedoch nach wie vor nur diejenigen Apotheken zu benutzen, welche auf der Rückseite der Rezeptformulare verzeichnet stehen, da andererseits keine Rückstättung der Gelder erfolgen kann. Wer nicht im stande ist, das Geld für Medikamente anzulegen, wird ersucht, sich zu dem nächsten der im Verzeichnis angegebenen Droguengeschäft zu begeben und dort gegen Vorzeigung des vom Arzt ausgestellten Rezepts das benötigte Geld in Empfang zu nehmen.

Hab abermals das Rabenaaß.

Die bekannte Rabenaaß-Strophe, mit der wir uns zuletzt in Nr. 122 unres Blattes befaßten, kann immer noch nicht zur Ruhe kommen. Diesmal ist es wieder der Generalsekretär der freien kirchlich-socialen Konferenz, Herr Lic. Mumm, Berlin N., Bergstr. 39, der zu mächtigem Schlage ausholt. Da die zahlreichen Zuschriften, die uns in der Angelegenheit zugegangen sind, beweisen, daß unter unsrer Leserschaft einiges Interesse für den widerlichen Gesangbuchstreit vorhanden ist, so fühlen wir uns verpflichtet, das gestern in eingekleidetem Brief an uns gerichtete Schreiben des Herrn Mumm trotz seiner manchmal etwas heftigen Ausfälle hier vollständig wiederzugeben. Es lautet:

Die Rabenaaß-Strophe will ein Herr, der Ihnen aus Rumänien schreibt, 1870 in der Stadtkirche zu Wiberach gefunden haben. Vor mir liegt das Gesangbuch der evangelischen Gemeinde zu Wiberach, das 1870 in der dortigen Stadtkirche in Gebrauch war. Ich stelle fest, daß das Gesangbuch die von dem Einfunder angeführte Stelle nicht enthält. Der zweite Einfunder aus Stuttgart will den „richtigen und ganzen Text“ überliefert. Daß ein Kirchenlied drei vierzeilige Strophen hat, um mit einer dreizeiligen zu enden, ist schon recht unwahrscheinlich. Die Sache wird noch dadurch verschlimmert, daß hier zwei Rabenaaß-Lieder zusammengeworfen sind, die im bisher ältesten Fundort beider Lieder, in der „neuesten Wiederkron“, Leipzig 1845, Druck von C. F. Hoffeld, getrennt sind. Dies pseudonym herausgegebene Werk ist durch seinen Ton als Satire zu erkennen und enthält außer diesen beiden Fälschungen eine dritte bodenlose Gemeinheit. Das Gurgische Gesangbuch ist weder mir, noch Herrn Archivrat Dr. Jacobs, der in Wernigerode die größte Gesangbuch-Bibliothek verwaltet, bekannt.

Im Anschluß hieran ein interessantes Wort von Professor Karl Gödele: „Professor R. Heyne, der jetzt in der Fortsetzung des Grimmschen Wörterbuchs den Buchstaben R bearbeitet, ist in den letzten Wochen scharfweise viel nach dem berechtigten Rabenaaß gefragt worden. Jeder der Bekannten wußte ein Gesangbuch zu nennen, in welchem der Vers oder das Lied enthalten sein sollte. Ich habe jedes der Gesangbücher, die genannt waren, daraufhin durchgesehen, aber natürlich nirgends etwas der Art gefunden.“ Auch Professor Gödele hält das Wort für einen Spottvers.

Gernig - hiernach setze ich in Gemeinschaft mit meinem Freunde Pastor Böhm eine Preis von 100 Mark für denjenigen aus, der uns das Gesangbuch einer evangelischen Gemeinde mit einer „Rabenaaß-Strophe“ (etwa in einer der Formen, die der „Vorwärts“ in Nr. 118 und 122 bringt) vorlegt. Entsetzen Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und dem Einfunder, so entscheidende die Redaktion des „Vorwärts“. So lange dieser Preis nicht gewonnen wird, halte ich es für unbillig, die Rabenaaß-Strophe weiter zur Verhöhnung des evangelischen Gemeindegottes zu gebrauchen.

Wenn nun so etwas wie ein neuer Sängerkrieg anhebt, eine Art archaisches Preiswingen, so müssen wir uns das aus Willigkeitsgründen wohl oder übel gefallen lassen. Nur fühlen wir einige Bedenken, die uns angefragene Ehre des Schiedsrichtersamt anzunehmen. Denn gehen wir so recht mit uns zu Rate und prüfen uns auf untre Würdigkeit und Befähigung in diesem Falle, so müssen wir zernüchert gestehen, daß wir insolge langer Entwidnung nicht sonderlich im stande sind, in einer religiösen Frage von solcher Stabilität in aller Form Rechtens zu judizieren.

In der gestrigen Sitzung der Vandeputation, Abteilung V, wurde wegen der Bahnbauten am Bahnhof Gesundbrunnen und wegen der notwendigen Anbringungen für das geplante Ueberführungsbauwerk über den Bahnhof Gesundbrunnen im Zuge der Vellermann- und Steinmünderstraße beschloßen, den Bauungsplan der Abteilung XI zwischen Vehm-, Vellermann-, Grünthalstraße und der Reichsbahngrenze sowie der Gleisstraße und Kämmerstraße abzuändern und eine neue Bauungsplanlinie für die Straßen festzusetzen. Das noch unbebaute Gelände, besonders zwischen der Christiania- und Vehmstraße und dem Bahnhof Gesundbrunnen soll nunmehr der Bebauung erschloßen werden. Zur Befestigung des Engpasses am Inselsteiger an der Fischerbrücke be-

**Schloß die Baudeputation V.** dem Magistrat den Ankauf des Insel-Speichers für drei Millionen Mark vorzuschlagen. Der Speicher ist im Besitz der Herren Leuz und Hübner und des Kaufmanns Strich. Schon vor einigen Jahren wollte der Magistrat den Speicher erwerben, der Ankauf scheiterte aber an den hohen Forderungen der Eigentümer und der ablehnenden Haltung der Stadtverordneten-Versammlung.

**Der Bau der Mantuffel-Brücke verlagert.** Der Ausschuß zur Vorbereitung der Vorlage über den Erwerb von Straßenland für die Zubehörsstraßen zu der geplanten Brücke im Zuge der verlängerten Mantuffelstraße hat gestern beschlossen, nachdem der Stadtv. Rosenow den Ankaufspreis als zu hoch bemängelt hatte: „Der Ausschuß lehnt den Antrag des Magistrats zu b und c (Ankauf der vorliegenden Grundstücksflächen in der Köpenickerstraße) a b und c zurück. In erneuten Verhandlungen wegen Ankauf der Grundstücke Köpenickerstr. 18 bis 20 und 20 und 21 zu angemessenen Preisen zu treten.“

**In den beiden großen Bränden am gestrigen Tage** wird noch gemeldet: Der Buchhalter Seidel, der durch grobe Fahrlässigkeit das Feuer im Rechalet herbeigeführt hat, ist von der Polizei in Haft genommen worden. S. giebt an, daß er gehört habe, daß ein in Kolodium geworrenes brennendes Streichholz sofort verlösche, ähnlich wie dies der Fall sei, wenn man einen kleinen brennenden Gegenstand in Petroleum werfe. Ohne sich hierbei etwas zu denken, habe er einen derartigen Versuch anstellen wollen, umso mehr, als er keine Kenntnis davon gehabt habe, daß Kolodium Gase entwickele, die sich sofort entzündeten.

Bei dem Brande am Kottbuser Damm waren die Berliner Löschmannschaften bis abends gegen 11 Uhr mit der Abgabe von Wasser beschäftigt. Ein Dampfstrahlzug blieb jedoch als Brandmaschine bis gestern morgen um 8 Uhr zur Stelle, von welcher Zeit ab die Müggdorfer Feuerwehr die weiteren Aufräumungsarbeiten allein übernahm. Unter den Trümmermassen befindet sich noch immer Blut, so daß noch ununterbrochen mehrere Schlauchleitungen in Tätigkeit bleiben müssen. Die Aufräumungsarbeiten dürften kaum vor Sonnabend beendet werden. Der Oberfeuermann David, der bereits bei dem Brande am Rechalet mitarbeitete und dort unter der Verwundung außerordentlich litt, trotzdem aber noch nach dem Brande am Kottbuserdamm eilte, erkrankte an letzter Stelle am Rachenentzündung und mußte seine Wohnung aufsuchen. — Der Brandschaden ist nicht so groß, als es im ersten Augenblick den Anschein hatte und dürfte 350 000 M. nicht übersteigen. Stark gelitten hat durch das Feuer der Seitenflügel des Hauses Kottbuser-Damm 86, bei dem auch schon der Dachstuhl von dem Element ergriffen worden war. Durch die enorme Hitze ist der Kalk zwischen den Steinen der Brandmauer gesprungen und in den Wohnungen sind durch die gewaltige Hitze die Tapeten von den Wänden abgeplatzt.

**Elektrisch betriebener Postbahnhof.** Das neue Postgebäude am Lehrter Bahnhof, das seiner Vollendung entgegengeht, wird ein leuchtendes Beispiel für die Zwecke der Postförderung eingerichteten Bahnhöfe bilden, auch erhält dieser erste deutsche Postbahnhof außerdem elektrischen Betrieb. Das Gebäude liegt zwischen dem Lehrter Fernbahnhof und der Invalidenstrasse in der Tiefe. Acht Gleise sind paarweise auf vier parallel laufende Perrons verteilt. Die acht Stränge geben Raum für je zwei lange Bahnpostwagen zu je zehn Meter. Es können somit gleichzeitig sechzehn Postwagen verladen werden. Besonders wertvoll für den Postbetrieb ist die vollständige Unabhängigkeit von den Bedürfnissen des Bahnbetriebs. Eine Drehscheibe bringt die Wagen auf einen gemeinsamen Strang, der durch einen Tunnel unter der Invalidenstrasse mit den Gleisen der Bahn verbunden wird. Die Drehscheibe wird elektrisch betrieben. Ebenfalls elektrischen Betrieb hat ein Spinnwerk, das die Wagen durch den Tunnel befördert. Diese Einrichtung erspart der Postverwaltung die Kosten für die Bestellung einer Manglelokomotive. Die Verladung von Paketen auf dem Bahnhof ist eine der bedeutendsten von Berlin. Es gelangt dort nicht nur der gesamte umfangreiche Hamburger Verkehr zur Verladung, sondern auch der Verkehr nach Hannover und Köln über Lehrte. Auch der einzige, während des ganzen Jahres verkehrende Post-Sonderzug, der nachts 11 Uhr 20 Minuten nach Hamburg geht, wird auf dem Bahnhof zusammengestellt werden. Der Neubau dürfte nicht vor Mitte Juli vollendet und in Betrieb genommen werden. Die Briefannahme des Postamts 40 verleiht nach wie vor im Empfangsgebäude des Lehrter Hauptbahnhofs.

**Aus der Paderkorn-Stiftung** sollen hilfsbedürftigen Bewohnern der Stadt Berlin, welche verarmten Familien angehören, insbesondere „Hilfsbedürftigen gebildeter Stände“ christlicher und jüdischer Religion Käsemaschinen und andre Handwerkerate zu unentgeltlicher Benutzung gewährt werden. — Bewerberinnen haben ihre Gesuche bis zum 8. Juli er. einschließlich an die städtische Stiftungs-Deputation, Poststr. 16, einzureichen. Dem Gesuche ist die Religion und das vollständige Nationale der Bewerberin beizufügen.

**Die Kanalisation der Gneißstraße** von 78 Meter östlich der Schönhauser Allee bis Pappel-Allee soll nunmehr zur Ausführung gelangen. Die Verleger resp. Verwalter der an der genannten Straßenende belegenen Grundstücke sind bereits unter Strafdrohung angefordert worden, innerhalb 6 Wochen ein vollständiges Entwässerungsprojekt für das betreffende Grundstück in 2 Exemplaren der örtlichen Straßenbau-Polizeiverwaltung vorzulegen.

**Eine neue Polizeiverordnung, welche die Geflügel-Transporte** regelt und die mit den jetzigen Transport-Verordnungen unvereinbar sind, befindet sich gegenwärtig bei der hiesigen Behörde in Ausarbeitung. Auf Grund der Berichte der auf dem Schlesischen Bahnhof die Geflügel-Transporte überwachenden Tierärzte, sowie einer vom deutschen Tierärztlichen Verein an das Polizeipräsidium gegebenen Meldung hat die Behörde eine polizeiliche Überwachung der hier eintreffenden Geflügel-Waggons angeordnet und auch schon mehrere Strafanträge wegen Tierquälerei erlassen. Da jedoch hierdurch eine radikale Abhilfe nicht geschaffen werden kann, so soll durch die in kürzester Zeit zu erlassende Polizeiverordnung die Beschaffenheit der für die Transporte benutzten Käfige, sowie die Zahl der in solchen unterzubringenden Tiere usw. geregelt werden.

**Niedrige Befestigung** sieht die „Tägl. Rundschau“ darin, daß wir die Eltern, welche wider Willen ihre Kinder an der Dismal-Feier teilnehmen lassen mußten, auf die Hauptpflicht der Lehrer aufmerksam machten. Dieser Vorwurf macht sich besonders häufig bei einem Blatte, das zu Anfang dieses Monats uns mit der niedrigen Verleumdung kam, wir hätten gefälschte und erlogene Nummernbriefe in die Welt gesetzt!

**Neue Straßenbahn-Haltezeichen** sind jetzt an allen oberschiffigen oder höher ansteigenden Stellen angebracht worden, um Zusammenstoße zu vermeiden. Die Zeichen bestehen in roten, runden, an der Spitze der Haltestellen angebrachten Scheiben, worin ein großes H (Halt) aufgefälscht ist. Das weißlich-schwarze, bei Nacht transparent wirkende Zeichen bedeutet für die Wagenführer die Aufforderung, unter allen Umständen, auch wenn keine Fahrgäste aufzunehmen oder abzugeben sind, an der Stelle Halt zu machen. Eine zweite Maßnahme zur Erhöhung der Betriebssicherheit bildet die gegenwärtig zur Durchführung gelangende Verlegung der Haltestellen, in der Weise, daß mit der bisherigen Geflügelheit, die Haltestellen für die nach entgegengesetzter Richtung fahrenden Wagen einer Straßenbahnlinie einander gegenüber anzulegen, gänzlich gebrochen wird.

**Ein neuer Pockenfall** wird aus dem Hause am Nordhafen Nr. 8 gemeldet, in dem schon vor längerer Zeit eine mittelwellige im Krankenhaus wiederhergestellte Frau erkrankte. Der 56 Jahre alte Schmiedemeister Rogge, der Meister in einer Eisengießerei, verheiratet und Vater zweier Töchter im Alter von 14 und 18 Jahren ist, erkrankte vor acht Tagen an der Gesichtspocke. Seitdem stellte man Pocken fest und ließ den Patienten einer Anstalt zuführen. Zu den Vorkehrungsregeln, die gegen ein Umsichgreifen der Pockenkrankungen getroffen werden, gehört auch die Impfung

aller Personen, die mit Pockenkranken irgendwie in Berührung gekommen sind. Man geht in der Vorstadt aber noch weiter, indem man auch solche Personen der Schutzimpfung unterzieht, die möglicherweise mit solchen Kranken zu thun haben können. So wurde gestern, Mittwoch, nachmittags das Personal des Ländlichen Sanitäts-Transportwesens geimpft, während die Leute von Kopp sich schon vor vierzehn Tagen haben impfen lassen.

Eine Konferenz zur Beratung von Maßnahmen gegen Pockenkrankungen tagte Mittwochnachmittag im Polizeipräsidium. Es waren vom Polizeipräsidium zu der Konferenz sämtliche Kreisärzte Berlins eingeladen worden. Den Vorsitz führte an Stelle des beurlaubten Präsidenten der stellvertretende Chef der Sanitätskommission Geheimrat Friedheim. Besprochen wurde, alsbald eine Bekanntmachung zu veröffentlichen, in der zunächst sämtliche Ärzte in Berlin und den Vororten aufgefordert werden, ohne jede Ausnahme jeden Fall einer Pockenkrankung, auch den einer „Windpockenkrankung“, der Sanitätskommission im Polizeipräsidium unverzüglich zur Anzeige zu bringen. An denjenigen Häusern, in denen Pockenkrankheiten aufgetreten sind, sollen Tafeln angebracht werden, welche auf die Natur der Krankheit und ihre Gefahren aufmerksam machen. Die sofortige Vornahme der erforderlichen Impfungen krankheitsverdächtig Personen, die Desinfektion der in Betracht kommenden Räume und Häuser, sowie die möglichste Absonderung der Erkrankten und ihre Unterbringung in besondere Krankenhäuser sind weitere Maßnahmen, die ins Auge gefaßt sind und von der Polizeibehörde in vorkommenden Fällen schnell durchgeführt werden sollen.

**Eine Wahnsinnsthat?** Wegen versuchten Mordes wurde, wie wir seiner Zeit berichteten, am 28. März d. J. der 88 Jahre alte Arbeiter Stanislaus Blougoz aus der Urbanstr. 25 verhaftet. Es handelte sich damals um ein Verbrechen, das im Süden der Stadt eine große Aufregung hervorrief. Blougoz hatte vor sieben Jahren seine Frau mit fünf Kindern im Stich gelassen und lebte mit einer unehelichen, 35 Jahre alten Wilhelmine Wolz zusammen. Nachdem er erst Straßenbahnfahrer und dann Gelegenheitsarbeiter gewesen war, ließ er sich schließlich von seiner Geliebten ernähren und trank stark. Häufige Zerwürfnisse führten dahin, daß das Mädchen endlich davon ließ, nachdem Blougoz in der Wohnung einmal alles zertrümmert hatte. Am nächsten Abend kehrte sie mit einer befreundeten Frau, die auch noch ihre drei Kinder mitnahm, in die von ihr gemietete Wohnung zurück, in der sie den Mann nicht mehr vermutete. Dieser lag jedoch in der Stube auf der Lauer, richtete sofort einen sechsloufigen Revolver auf seine Geliebte und verwundete sie schwer durch zwei Schüsse in die Stirn und den Unterleib. Dann lief er davon und kehrte in der Nacht, während man ihn draußen überall suchte, heimlich in die verlassen Wohnung zurück. Am andern Morgen fanden ihn Kriminalbeamte, die die Türe aufbrechen mußten, blutüberströmt auf seinem Bette liegen. Er hatte sich mit einem Rasiermesser die Pulsader der linken Hand durchgeschnitten. Es gelang, ihn am Leben zu erhalten, und nun sollte er vor den Strafrichter gestellt werden. Inzwischen machten sich Anzeichen bemerkbar, die an seiner Zurechnungsfähigkeit zweifeln lassen. Daher ist Blougoz von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I zunächst zur Beobachtung seines Geisteszustandes gestern einer Anstalt zugewiesen worden.

**Der am 1. Juli d. J. beginnende Umzug** muß bei kleinen, höchstens aus zwei Zimmern mit Zubehör bestehenden Wohnungen an demselben Tage, bei mittleren, aus drei oder vier Zimmern bestehenden Wohnungen am 2. Juli mittags 12 Uhr, bei großen, mehr als vier Wohnzimmern umfassenden Wohnungen am 3. Juli mittags 12 Uhr beendet sein.

**An einer elektrischen Leitung** verunglückte am Dienstag der 25 Jahre alte Arbeiter Paul Robel aus der Pappelstr. 1, der auf dem Elektrizitätswerk in der Brunnenstraße beschäftigt war. Er verbrannte sich die linke Hand so schwer, daß er die Hilfe der Rettungswache III in der Kastanien-Allee in Anspruch nehmen mußte.

**Gegen die Verleumdung des gewerblichen Gases** haben die Verleger mittlerer und großer Gasmotoren eine Petition an die städtischen Behörden abzugeben beschlossen. In derselben behaupten die Verleumdungen, daß sie durch Erhöhung des Gaspreises von 10 auf 12,5 Pf. pro Kubikmeter erheblich geschädigt sind. Die Petition liegt gegenwärtig noch beim Geh. Regierungsrat Dr. Schwilch, Wilhelmstr. 146, zur Unterzeichnung aus, welcher Zustimmungserklärungen bis zum 28. d. M. entgegennimmt.

**Bezüglich der Schutzvorrichtungen** an den Straßenbahnwagen war gemeldet worden, die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft habe dem Polizeipräsidium angezeigt, daß verhältnismäßig 50 Straßenbahnwagen mit der neuen Schutzvorrichtung „versehen“ seien. Diese Meldung ist darauf zurückzuführen, daß die genannte Gesellschaft der Behörde Mitteilung von der erfolgten Bestellung der 50 Schutzvorrichtungen gemacht hat. Da die Firma, welche mit der Lieferung der Vorrichtungen beauftragt ist, mit Arbeiten überhäuft ist, so dürften noch drei bis vier Wochen vergehen, ehe die neuen Schutzvorrichtungen geliefert bzw. dem Betriebe übergeben werden können; bis jetzt sind immer noch die beiden Probevorrichtungen allein im Gebrauch.

**Arbeiterriß.** Vom Neubau des Kaiser Friedrich-Museums abgestürzt ist gestern vormittag der 35 Jahre alte Arbeiter Ernst Quabholz aus der Köpenickerstr. 9b. Der Unglückliche war im dritten Stockwerk mit dem Einsetzen von Scheiben beschäftigt, trat fehl und stürzte in die Tiefe. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er nach dem Krankenhaus gebracht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

**Straßenverengung.** Die Brink Friedrich-Karlstraße von der Ebertsbrücke (einschließlich der Kreuzung mit der Straße Am Weiden-damm) beziehungsweise Am Kupfergraben) bis zur Georgenstraße (einschließlich des Kreuzungspunktes der letzteren) wird behufs Asphaltierung vom 20. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwege und Keller gesperrt.

#### Aus den Nachbarorten.

**Charlottenburg.** Der Wahlverein hält heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, in der Cambrinus-Druckerei, Wallstr. 91, seine Versammlung ab. Reichstags-Abgeordneter Jubel hält einen Vortrag über „Das Wahlrecht zum preussischen Landtag“.

**Alderschloß.** Heute, Donnerstag, findet im Schmauserischen Lokal die Monatsversammlung des Wahlvereins statt. Genosse Dr. Rudolf Steiner spricht über „Die wichtigsten naturwissenschaftlichen Fortschritte des 19. Jahrhunderts“. Gäste willkommen.

**Charlottenburg.** Die bereits angekündigte Neueinteilung der kommunalen Wahlbezirke ist nunmehr vom Magistrat ausgearbeitet. Zugleich mit der Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten von 66 auf 72 sollen die Wahlbezirke der zweiten und dritten Wählerabteilung anders abgegrenzt, und, vorbehaltlich der Bestätigung von Aufsichtswegen, in der 3. Wählerabteilung acht, in der zweiten vier Bezirke gebildet werden. Die jetzige Stadtverordneten-Versammlung besteht aus 66 Mitgliedern, welche in je drei Abteilungen mit je 22 gewählt sind, und zwar wählte die erste Abteilung über ganz Charlottenburg, die zweite in 3 Wahlbezirken und die dritte in 7 Wahlbezirken. Das Resultat der Volkszählung von 1900 gestattet eine Erhöhung der Stadtverordneten um 6 Mitglieder. Die erste Abteilung zählt jetzt 401 Wahlberechtigte; eine Teilung in Wahlbezirke darf erst bei 500 erfolgen; mithin bleibt der Wahlbezirk wie früher einheitlich, so daß er sich über ganz Charlottenburg erstreckt. Die zweite Abteilung hat 3616 Wahlberechtigte, die in 4 Wahlbezirke geteilt werden sollen. Die dritte Klasse hat 23 215 Wahlberechtigte. Hier sollen die Bezirke von 7 auf 8 vermehrt werden, und zwar soll der neue erste Bezirk mit 3715 Wahlberechtigten die Stadtteile Westend, am Spanbauer Berg, Schloßviertel 9, 4, 5, 6 umfassen, der neue zweite Bezirk mit 3886 Wahlberechtigten die Stadtteile Schloßviertel 1, 2, 3 und 7 und Liepensee, der dritte Bezirk mit 3271 Wählern die Stadtteile Kalowwerder, Am Kommodendamm, Königs-

damm nördlich und südlich Martinidenfeld, Halbinsel und Liegow, der vierte Bezirk mit 3744 Wählern die „Innere Stadt“ 5, 6, 7, 3 und 4, der fünfte Bezirk mit 3599 Wählern die „Innere Stadt“ 2, 8, 9, 10 und 11, der sechste Bezirk mit 3259 Wählern die „Innere Stadt“ 1, 12 und 13 und den Stadtteil am Kurfürstendamm, der siebente Bezirk mit 3474 Wählern das Hochschulen-Viertel, und der achte Bezirk mit 3767 Wahlberechtigten das Ostviertel. Durch die Vermehrung der Wahlbezirke von 3 auf 4 und 7 auf 8 mußte in der zweiten und dritten Abteilung festgestellt werden, welches die neuen Wahlbezirke sind. Es wurde durch das Los der 1. Bezirk in der zweiten Abteilung und der 4. Bezirk in der dritten Abteilung als solcher ermittelt. Die Verteilung der Stadtverordneten auf die einzelnen Wahlbezirke erfolgte ebenfalls durch das Los, wobei von den beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten dem Genossen Baake der erste und dem Genossen Hirsch der 7. Bezirk zuviel; gewählt sind sie in dem bisherigen 2. bzw. 3. Bezirk.

Aufgabe der Charlottenburger Parteigenossen wird es sein, bei den bevorstehenden Wahlen auch trotz der veränderten Bezirkseinteilung möglichst viel Bezirke zu erringen.

**In Köpenick** hat die Frage des Brotwuchers Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung verurteilt. Der Magistrat läßt gegen die von der Stadtverordneten-Versammlung gewünschte Abwendung einer Petition gegen die Getreidezölle-Erhöhung die Weisheit ins Feld, daß es nicht Sache der Gemeinde, sondern Sache des Reichs sei, die Höhe der Einfuhrzölle festzusetzen. Unter Parteigenossen, Stadtverordneter Herzst, sprach sein lebhaftes Bedauern über die Stellung des Magistrats aus, der anscheinend nicht berücksichtigt, daß der Getreidezoll auf das Wohl und Wehe auch der Köpenicker Bevölkerung bedeutsam einwirke. Herzst verlas die musterhafte Petition der Stadt Schöneberg. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß nach kurzer Debatte, den Magistrat nochmals zu ersuchen, der Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle beizutreten. — Der Gesellschaft „Hydro“ ist die Anlage zu einer städtischen Kanalisation und Wasserleitung in Auftrag gegeben worden.

**Schöneberg.** Ein ergötzliches Schauspiel für jeden nicht Unbefangenen bot sich in der letzten Stadtverordnetenversammlung. Auf der Tagesordnung stand u. a. ein Gesuch des neugewählten Stadtbauamteilers Berger, ihm das Bürgerrecht zu verleihen. Nachdem vorher schon der Magistrat diese Sache zu der seinigen gemacht hatte und nur noch die Stadtverordneten ihre Zustimmung zu geben brauchten, protestierte plötzlich Herr Stadtv. Salentin frohlich energisch und in drastisch treffenden Worten gegen die Verleihung, indem er meinte, daß die erst kürzlich erfolgte Wahl des betreffenden Herrn zum Mitglied der Kanalbau-Deputation, wenn er erst jetzt Bürger werden sollte, ungünstig wäre. Der zweite Bürgermeister, welcher in Abwesenheit des auf Urlaub befindlichen ersten Bürgermeisters die Sache vertrat, hatte diesen Einwendungen gegenüber einen schweren Stand. Er mußte zugeben, daß ja dann der Magistrat eine Neuwahl vornehmen könnte, und sprach davon, daß die Verleihung des Bürgerrechts nach außen hin einen schlechten Eindruck machen würde. Von anderer Seite wurde gefragt, warum nicht der jetzige Baurat Gerlach, der doch der Gemeinde schon viele Dienste geleistet habe, in die betreffende Deputation delegiert werden sei. Diese äußerlich so harmlos aussehende Angelegenheit endigte nach beinahe einstündiger Debatte mit der Ablehnung der Verleihung des Bürgerrechts und Beschließung der Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung. — Ueber die Vergebung der Lieferung des Druckrohrs wurde natürlich wieder auf Antrag des Magistrats in gleicher Sitzung beraten, in der nach langen Auseinandersetzungen festgestellt wurde, daß der Erste Bürgermeister der Kanalisationsdeputation das Recht erteilt hatte, über die Vergebung der erwähnten Lieferung sich mit der Motivierung schlüssig zu machen, daß der Magistrat eine solche große Sache nicht allein übernehmen möchte. Die Vergebung an Firmen, die diese Art Arbeiten noch nicht gemacht haben, ließ aber Bedenken aufsteigen und lediglich im Interesse der Stadt seien die Beschlässe der Kanalisationsdeputation nicht ausgeführt worden. Diese Erklärung hatte zur Folge, daß die Resolution: Die Versammlung erwidert in dem Vorgehen des Magistrats eine Verinächtigung ihres Selbstbestimmungsrechts mit nur knapper Mehrheit angenommen wurde. Die Arbeiten sind übrigens um über 10 000 M. billiger vergeben worden, als ursprünglich beschlossen war.

#### Geriichts-Beilage.

**Eine Heiratsschwindlerin.** Daß eine gewisse Kategorie von Menschen nicht „alle“ wird, bewies eine Anklage, die gestern gegen die schon vielfach vorbestrafte Schneiderin Wilhelmine Schwarz geb. Anndt verhandelt wurde. Die Angeklagte ist eine mit Phantasie begabte Schwindlerin. Sie lernte ein Hrl. Knappe kennen und redete ihr zu, sich doch zu verheiraten, da es nicht gut sei, wenn der Mensch allein bleibe. Hrl. K. leuchtete diese Weisheit ein und sie gab sich vertrauensvoll in die Hände der Angeklagten, die ihr versprach, ihr einen netten und honesten Mann zu besorgen. Es vergingen wenige Tage, da kam die Angeklagte schon freudestrahlend mit der Nachricht, daß sie schon einen Mann in der Person eines angesehenen Eisenbahn-Konduktors Wilhelm Neumann für die Heiratslustige gefunden habe. Sie zeigte der K. auch die Photographie eines Mannes, der in einer schönen Eisenbahn-Uniform recht stattlich aussah. Fraulein K. war überglücklich, obwohl ihr gesagt wurde, daß der Bräutigam, der nächstens Controlleur werden würde, wegen Überhäufung mit Dienstgeschäften sich erst nach einiger Zeit persönlich vorbeistellen können. Fraulein K. begnügte sich mit schriftlichen Liebeszettelchen des Bräutigams in absentia, die ihr die Angeklagte in reicher Fülle überbrachte. Die Briefe schäumten von Liebesbeschwärzen über, sie begannen zuerst mit der Anrede „Geheimes Fraulein“, dann folgte die Anrede „Liebes Mädchen“, „Geheimes Herz“ und die Liebenswürdigkeit verlebte sich in dem Maße, als Hrl. K. auf Witten des angehenden Bräutigams ihm durch die Angeklagte kleinere Summen, die er zum Ausgleich dringender Verpflichtungen gebrauchte, überhandte. Die schönen Liebesbriefe waren von der Angeklagten geschrieben. Diese hatte die Selber eingeleitet und schließlich der leichtgläubigen „Braut“ auch einen Schein über 50 M. mit der Unterschrift Wilhelm Neumann ausgestellt. — Ebenso verheimlichte sie ein Betrug, den sie gegen den Choristen D. ausführte. Im Frühjahr 1900 begann sie mit diesem ein Verhältnis, das angeblich zur Ehe führen sollte. Sie erzählte ihm, daß sie ein Vermögen von 14 000 M. von ihrem Pflögevatere, einem Ortschulzen, geerbt habe, und dieses Geld auf der Deutschen Bank deponiert sei. Sie erklärte ihm weiter, daß sie ein Haus kaufen wolle und erlich auch wirklich eine dahingehende Annonce. Endlich hatte sie ein solches in der Talwitzstraße gefunden, sie erklärte aber, daß sie zur Flüssigmachung ihres Geldes einen Rechtsanwalt haben müsse und so etwas Geld koste. D. ließ sich wegen der Angeklagten nach und nach 120 M. zu geben; er sah erst zu spät ein, daß er betrogen und an der Erbschaftsgeschichte kein wahres Wort war. — Sehr bedenklich war ein Coup, den sie gegen den verheirateten Schuhmacher W. auszuführen versuchte. Sie schrieb ihm einen Brief, in welchem sie um Gewährung einer Darlehenssumme bat. Als darauf keine Antwort erfolgte, ging sie mit größerem Geschick vor. Sie schrieb an den Meister einen mit den Ausdrücken der Entzückung, Scham und Verzweiflung durchsetzten zweiten Brief, in welchem sie ihm mitteilte, daß sie das Opfer seiner heimlichen Liebesbewerungen geworden sei und sich Mutter fühlte. Sie verlangte darauf wieder Geld. D., der mit der Angeklagten in seinem Leben nie in nähere Verbindung gekommen ist, ließ nicht mit sich spaßen, sondern erstattete Strafanzeige. So hatte sich denn die erfindungsreiche Angeklagte gestern wegen wiederholten Betruges, Urkundenfälschung, Verleumdung, versuchter Erpressung u. dgl. verantworten. Sie war in vollem Umfange gefählig und wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

**Ein Handfriedensbruch** auf der Neuenbahn wurde der Schankwirtin Wilhelmine Reiffeld zur Last gelegt, die sich gestern vor dem Schöffengericht des Amtsgericht II zu verantworten hatte.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, den 20. Juni.  
Opernhaus, Margarethe. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Wie die Affen lungen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Kroß). Rameau's Angot. Anfang 8 Uhr.  
Im Trianon-Theater: Lebende Bilder. Anfang 7 1/2 und 9 Uhr.  
Schiller (Morwitz-Oper) Hans Heiling. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Die Zwillingsschwester. Anfang 8 Uhr.  
Leistung. Mansell Tourbillon. Anfang 8 Uhr.  
Berliner. Ueber unsre Kraft. (II Teil). Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reibens. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Gastspiel des Reichthaler-Ensembles. Die gelbe Braute. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Wefen. Robert und Vertram oder: Die lustigen Bogabunden. Anfang 8 Uhr.  
Secessionsbühne. Bunter Theater: Ueberbrett. Anf. 8 Uhr.  
Central. Die Gefä. Anfang 8 Uhr.  
Thalia. Geschlossen.  
Carl Weis. Geschlossen.  
Luise. Geschlossen.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Geschlossen.  
Wette. Alliance. Die Schwalbin. Das Berpfechen hinterm Herd. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Passage-Theater. Damen-Kingslumpje. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Urania. Lindenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: „Unser Rhein von der Quelle bis zur Mündung.“  
Jandidenstraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.

### Central-Theater.

Deute Anfang 8 Uhr.  
Mit vollständig neuer Ausstattung.  
Bun. 670. Role:

### Die Geisha.

Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.  
Morgen und folgende Tage: Die Geisha.

### Apollo-Theater

Täglich mit kolossalem Erfolge:  
**Frau Luna**  
mit dem Luftballon „Grigolatte“.  
Ferner:  
10 sensationelle Spezialität.  
Gartenkonzert 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.

## Schiller-Theater

(Morwitz-Oper).  
Donnerstagabend 7 1/2 Uhr:  
**Hans Heiling.**  
Romantische Oper in 3 Akten und einem Vorspiel von Heinrich Marschner.  
Freitagabend 7 1/2 Uhr:  
**Figaros Hochzeit.**  
Sonnabendabend 7 1/2 Uhr:  
**Undine.**  
Sonntag nachmittag 3 Uhr:  
bei halben Preisen:  
**Der Freischütz.**  
Sonntagabend 7 1/2 Uhr:  
**Die Hugenotten.**

### Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.  
Eröffnung der Sommer-Oper.  
Sonnabend, den 22. Juni:  
**Der Troubadour.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachmittag 2 1/2 Uhr erste Volksvorstellung: **Der Waffenschmied.** Dreizeh für alle Plätze der Volksvorstellung 60 Pf.  
Im Garten: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Anfang 5 1/2 Uhr.  
Sonnabend Sommerachtsfest.

### Metropol-Theater.

Donnerstag, den 20. Juni:  
Ringkämpfe  
!! bis zur Entscheidung !!  
**Pohl (Abs II) - Petersen.**  
- !! Bis zur Entscheidung !! -  
**Koch-Lassarre.**  
**Gambler - Pienning.**  
- Das brillante Juni-Spezialitäten-Programm.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

### Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.  
Täglich:  
**Aus dem Volke.**  
Volksstad mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.  
Musikanten der Excentric-Ghazoulette  
Hedwig Börling, des Gratedeur-Komikers Paul Coradini, der Gebrüder Dams, Akrobaten. The Garays, Radfahrer. Mr. Barillings lebende Photographien. Konzert und Ball.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Numerierter Platz 50 Pf.  
Kaibo.

### Gossmann-Konzertgarten

Kreuzbergstr. 48, an der Baybachstraße.  
  
Jeden Sonntag gr. Frei-Konzert und Ball. Montag und Donnerstag Hamburger Sänger (Steidl, Bohmer, Bild Wolf usw.). Jeden Freitag Norddeutsche Sänger. Bei ungünstiger Witterg. im Saal. Reicher Kränzchen.

## Urania

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**- Unser Rhein. -**  
Invalidenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.

### Castans Panopticum.

Neu! Neu! Neu!  
Der Champion aller Billardkünstler  
**Prof. Léon Goffard**  
aus Bruxelles  
tritt täglich auf um 1/2 12 Uhr vorm., 6, 7, 8 Uhr nachm.  
Lebende Photographien, die eiserno Jungfrau usw.

### Zoologischer Garten

Täglich ab 3 Uhr nachmittags:  
**Militär-Doppel-Konzert.**  
Entree 1 Mark.  
Ab 6 Uhr 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

### Beduinen-Karawane

Besichtigung des Bazars, Zeltlagers, der Truppe; Eselreiten: 3-8 Uhr. **Schaustellungen der Beduinen** mit Pferden, Dromedaren etc. 4, 1/2, 7 Uhr.  
Entree direkt v. d. Strasse an d. Stadtbahn: 50 Pfennig.  
Kinder 25 Pf. Gartenbesucher zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

### Puhlmanns Vaudeville-Theater

Schönhäuser-Allee 148.  
Täglich: Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Nur Kräfte ersten Ranges.  
Grosser Erfolg!  
**Susanne im Bade.**  
Große Lustspieloperette.  
Anfang: Wochentags 5 Uhr. Sonntag 4 Uhr.  
H. Lehmann, Direktor.

### Sanssouci

Im Garten:  
Täglich:  
**- Hoffmanns - Nordd. Sänger und Konzert.**  
Anfang d. Konzerts 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr. Wochentags 6 Uhr, d. Soiree 8 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Sonntag, Montag und Donnerstag: **Tanzkränzchen.**  
Wochentags Vereinskaffee gütlig. Tanz frei.

## W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.  
Täglich im Garten:  
**Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
**„Amor“ der macht es.**  
Operette-Burleske von B. Gerike.  
Musik von R. Schmidt.  
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

### Reichshallen

Stettiner Sänger.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Sonntag 30. Juni: Abschieds-Soiree.  


### Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
Im schattig. Sommergarten:  
Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**  
**Die Boeren-Kapelle.**  
Neapol. Tarantella-Kapelle, „Sacco“  
Wiener Damen-Kapelle Raymond.  
Theater-Abteilung (Künstler-Variété) erstklass. Spezialitäten.  
Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. „Bürgerliches Diner“. Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

### Schweizergarten

Am Königsthor. Am Friedrichshalm.  
Täglich:  
**Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.**  
Volksbelustigungen aller Art.  
Jeden Abend 10 Uhr:  
**Moderne Don Juans.**

## Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 30. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Schiller-Theater:  
**Opern-Vorstellung (Morwitz-Oper).**  
**Martha, oder: Der Markt zu Richmond.**  
Karten für Mitglieder a 90 Pf., für Gäste a 1 M. (incl. Garderobe) sind in nachstehenden Zahlstellen sowie beim Kassierer zu haben:  
E. Knapp, Grünthalerstr. 5. E. Schmidt, Trebbowstr. 22. Wd. 199r, Uckerstr. 38. II. Beder, Gognowstr. 9. A. Pech, Mützenstr. 120. S. Pabjan, Kommandantenstr. 62. Th. Stempel, Moritzstr. 28. S. 855r, Rannstr. 83. S. Rautsch, Brongestr. 52. H. Weck, Hübnersdorferstr. 18. 150/10\*  
A. A.: H. Nest, Kassierer, Georgenkirchstr. 47. I.

### Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. - Kritische Zeitung: Paul Milbitz. [16492\*]  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebten Rinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
hochlegante Regelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.  
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:  
**Familien-Kränzchen.**

### Dresdener Kasino

96 Dresdenerstrasse 96  
empfiehlt seine 2-800 Personen fassenden Festäle zu Privat- und Vereinsfestlichkeiten, Hochzeiten u. Versammlungen zu günstigen Bedingungen.  
15412\*  
Martin Perzberg, Gastwirt.

### Magdeburger Kautabak

empfiehlt die Tabakfabrik und Handlung von  
**H. Saltzmann, Berlin S., Luisen-Ufer No. 3,**  
am Engelbecken. Gegründet 1863. [17945\*]

### Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik

11612\*  
**D. Wurzel & Co.**  
jetzt: Köpnickersstrasse 160, Mantelstrasse.

### Ostbahn-Park.

Am Kilitzinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Großes Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
  
Nichts kann des Menschen Magen noch mehr erhitzen „Wurm“ vertragen.  
Verlangen Sie gefl. ausdrückl. sich **Wurms Magendoktor!**

## St. Hedwig Geld-Lotterie

zum Besten des St. Hedwigs-Krankenhauses zu Berlin.  
7079 Geldgewinne Baar ohne Abzug zahlbar im Betrage von  
**372,600 Mark.**  
Die Hauptgewinne sind:  
**100,000, 30,000, 20,000, 10,000 Mk. etc.**  
Loose à 3,30 Mark (Porto u. Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden  
**Oscar Bräuer & Co. Nachf. Bank-Geschäft**  
Berlin W., Friedrichstr. 181. Filiale: NW., Wilsnackerstr. 63.  
Ziehung 25. und 26. Juni er.

Denkbar grösste Auswahl. **Feinste Mass-Anfertigung.** **Zur Reise** **Anzüge** aus den beliebtesten gestreiften Cheviots, schwarz mit weiss, blau mit weiss und blau mit hellblau gestreift, äusserst chic 20,-, 25,-, 30,- und 35,- Mk.  
**Anzüge** aus Sommer-Kammgarn, hell-, mittel- oder dunkelgrau, sehr elegant, 25,-, 30,-, 35,- und 40,- Mk.  
**Reise-Anzüge** aus melierten oder karierten Stoffen, solide u. dauerhaft, 15,-, 17,50, in grauen Melangen, äusserst elegant, 20,-, 22,50, 25,- und 30,- Mk.  
**Gehrock-Anzüge** in grauen Melangen, äusserst elegant, 30,-, 36,-, 42,- und 48,- Mk.  
**Carl Stier,** Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe. 17133\*  
Berlin, Oranienstrasse 168. Potsdam, Brandenburgerstrasse 23.  
Tadelloser Sitz. - Beste Verarbeitung.

## Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.**  
Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.  
**Verkäufe.**  
Schaufgeschäft zu verkaufen, passend für Parteidressen, bei Marx, Kastanien-Allee 96. 1504\*  
Defizitions-Niederlage, viel Bier und Schnaps, sofort billig. Arnoldsstr. 24. 1906b  
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 745\*  
Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Perlendhaus Germania, Unter den Linden 21 II  
Wäschezüge, Badkleider, sowie alle Stoffe sehr billig. Hoffmann, Piesenerstr. 14. 5622\*  
Spottbillig. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontierarbeiten verkauft Reithaus, Reanderstr. 6. 6718\*  
Kinderwagen, Sportwagen, Kleemanns, Boyer Babb, Invalidenstr. 100, Frankfurterstr. 115, Oranienstr. 31, Wette-Alliancestr. 107, Reinickendorferstr. 24, o. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 59. 55. Teilzahlung gestattet. 6472\*  
Wegbrauchte Kinderwagen, auch Teilzahlung. A. Holze, Oranienstr. 3. 19075

**Rähmaschinenlager** sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Lieferung sofort, Landsbergerstr. 82.  
**Kinderwagen** Holzmarktsstr. 48. Deming. 1906b  
**Teppiche** mit Gardinen, Fabriküberlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 745\*  
**Rähmaschinen** und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstr. 43, Hof Keller. 857b  
**Popagel-Küchenschrank**, grau, grün, linsgrün, sofort sprechend, 25 Mark. Richter, Oranienstr. 87. 1905b  
**Kinderernährmittel**, Reis frisch, ockerfärbt zur Zeit des Brechdurchfalls zu empfehlen. Beilen. Floras-Pragerie, Paul Senke, Rixdorf, Rother Heidenstr. 242, beim Hermannsplatz. 1646b  
**Malzkräutchen**, blutbildend, für Blutmangel, Brustkatarrh, Schwächliche, Gemüthsstimmung, bessere Schlafstimmung, überauschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Dose 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidend. Portierkassier Ringler, Bernauerstr. 119. 9710\*  
**Steppdecken** billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 745\*  
**Zosa, Stühle**, Klappstuhl verlornt Scheffe, Sonnenmünderstr. 77, Duergebäude 2 Treppen. 1842b  
**Restaurations** verkauft Fruchtstr. 61. 731\*

**Fahrräder**, verlässige, Brennoberrod, Clevelandrad, Schwergretter, Dürkopp-Landem sportbilliger Verkauf. Reithaus, Neue Schönhäuserstr. 11.  
**Fahrräder**, Verhönd, Neue Schönhäuserstr. 11, billige und beste Räderbezugsquelle.  
**Fahrrad** zu verkaufen. Vaußigerstr. 23 bei Bildl. 1935b  
**Schlafsofa**, rot, neu, billig wegen Umzug. Theer, Wasserhorstr. 16.  
**Restaurations** billig zu verkaufen, dicht am Schlesiischen Bahnhof, passend für Anfänger. Räder bei Kaiser, Barischamerstr. 87, vorn II. 1932b  
**Radfahrer**. Wer sich ein billiges Fahrrad (sow. Herren-, Damen- und Kinderfabriken) kaufen will, wende sich an die Berliner Eintausendgenossenschaft, Berlin, Markstr. 19. 746\*

**Unfallklagen**, Invalidenklagen, Reklamationen fertigt Schulz, Bergmannstr. 107. 1099b\*  
**Unfallklagen**, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Bugger, Steglitzerstr. 65. 1099b  
**Rechtsbureau**, Rechtsfälle, Vertretung Andreadstr. Dreilindstr. 1911b  
**Rechtsbureau**, Gemeinlicher Jurist Brunsstr. achtzig. 1927b  
**Kunstkopiererei** von Frau Kokosky Steinmeyerstr. 48.  
**Damenkleider** reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Reithaus, Rüdersdorferstr. 78 parterre, Uferbahnstr. 18  
**Buchbinder-Arbeit** jeder Art fertigt Ferdinand Reinert, W. Bülowstr. 66, 2. Hof parterre. 2587b  
**Wiederlegitimes**, Brochhaus, Dresden, Geschäftsbüro und alle anderen Bücher beilich und fast; Gannemann, Kochstr. 56 I, Amt 4a. 6944. 7188\*  
**Metallrad** aller Art kauft Bröderick, Doppelstr. 16. 1811b  
**Vereinszimmer**, Zahlstelle passend, Fernsprecher III 1786. J. B. Wilhelm Gohmann, Badstr. 14.  
**Konsumvereine**. Inhaber eines im Ufen befindlichen Kolonialwaren-geschäfts, selbst alter Genossenschaftler, möchte sein Geschäft unter günstigen Bedingungen für Konsumvereine hergeben. Offerten unter A. 7 an die Expedition des „Tornatist“. 1934b

Die Verteidigung gegen Frau Guth, Reinickendorferstr. 9, nehme ich gerne an, erkläre dieselbe für eine ehrenhafte Frau. Carl Stemann.  
**Vermietungen.**  
Fabrikräume, Doppellicht, große, kleine und mittlere, unter günstigen Bedingungen zu vermieten. F. Simon, Wilschelderstr. 1. 7092\*  
**Zimmer.**  
Möbliertes Zimmer für zwei Parteidressen sofort zu vermieten. Witwe Rosenthal, Horststr. 54, Hof III.  
Möbliertes Zimmer billig zwei Herren vermieten. Paulsenstr. 42, Seitenkugel 4 Treppen links. 1943b  
Freundliches möbliertes Zimmer für 2 Herren SW., Bergmannstr. 99, Suite. 1941b  
Leere Etage oder möbliert, an Herren Reichenbergerstr. 166, rechts parterre. 1937b  
**Schlafstellen.**  
Möblierte Schlafstelle vermietet. Krumbel, Frankfurterstr. 15, I.

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten. Britzerstr. 36, vorn II, Wagner.  
Schlafstelle für Herren Markstr. 30, parterre. Plesner. 725\*  
**Arbeitsmarkt.**  
**Stellungsangebote.**  
Zwider, welcher auch durchnäht, verlangt Pinner, Stadtbahn 41.  
Bergelderin auf Wäschearbeiten verlangt sofort Reih. Blumenstr. 14.  
Gentile Manjella auf Fädeln finden das ganze Jahr hindurch bei mir Beschäftigung. Preise 1,50 bis 2,00 Mark. Engestr. 10, Reih. Kastanien-Allee 86. 1651b  
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile  
**Achtung! Korbmacher.**  
Die Differenzen bei Schulz, Albrechtstr. 10, sind noch nicht beigelegt. Die Werkstatt ist bis auf weiteres geschlossen. 105/14\*  
Kontrollkommission der Korbmacher